



Ethnische Identität und Arbeitsmarkterfolg

IZA-Studien zur ökonomischen und sozialen

Integrationswahrscheinlichkeit



VolkswagenStiftung

Das Institut zur Zukunft der Arbeit ist an einem großen interdisziplinären Forschungsverbund beteiligt, der im Auftrag der VolkswagenStiftung seit dem Jahr 2005 aktuelle Fragen von Migration und Integration analysiert. Dem IZA kommt dabei die Aufgabe zu, die Bedeutung ethnischer Identität für die soziale und Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern zu untersuchen und zu messen. Der Fokus der Forschungsarbeiten ist auf die Themen Staatsangehörigkeit und Einbürgerung, interethnische Eheschließungen, ethnisches Unternehmertum und die Einflussfaktoren ethnischer Identität gerichtet. Dieser Beitrag fasst einige zentrale Erkenntnisse des von IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann*, und *Amelie Constant* (Georgetown University, DIW DC, IZA) in Kooperation mit *Barry R. Chiswick* (University of Illinois at Chicago, IZA) geleiteten Forschungsprojekts zusammen.

Integrationspolitisch bedeutsame Forschungsfragen

Die meisten europäischen Volkswirtschaften stehen einem Ungleichgewicht auf lokalen Arbeitsmärkten gegenüber. Geringqualifiziertes Arbeitsangebot ist im Überfluss vorhanden, gleichzeitig herrscht ein Mangel an qualifizierter Arbeit. Hinzu kommt ein beschleunigtes Schrumpfen der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter. Einige Staaten Westeuropas haben hierauf schrittweise mit einer Reform ihrer Zuwanderungsgesetzgebung reagiert, um den Rückgang der Erwerbsbevölkerung zu kompensieren und der Nachfrage nach gut ausgebildeten Spezialisten nachzukommen. Doch obwohl inzwischen sukzessive mehr ökonomische Kriterien Einzug in die nationalen Zuwanderungspolitiken halten und auch auf EU-Ebene Initiativen zu einer stärker arbeitsmarktorientierten Migrationspolitik unternommen werden, bleibt vieles noch in Ansätzen stecken. Die wachsende Nachfrage nach hochqualifizierten Ar-

beitskräften kann zusehends weniger erfolgreich gedeckt werden, während Immigranten zugleich weiterhin nur allzu oft – und ebenso häufig ungeachtet einer eigentlich höheren Qualifikation – im Niedriglohnbereich arbeiten oder arbeitslos gemeldet sind und auf diese Weise die schon durch einheimische Geringqualifizierte in diesem Segment gegebenen Probleme verschärfen. In den meisten EU-Staaten zeigen die zentralen Indikatoren der Arbeitsmarktpformance für Immigranten eine anhaltende Benachteiligung an.

Die mangelnde Übereinstimmung des Humankapitalangebotes von Immigranten mit der Nachfrage der Arbeitgeber ist zweifellos ein Grund für diese unvorteilhafte Ausgangslage. Während die Ausbildung der Immigranten aus Drittstaaten oft nicht den Anforderungen der inländischen Arbeitgeber entspricht oder es an der entsprechenden Zertifizierung nach wie vor mangelt, fehlt auch gut Ausgebildeten nicht selten das notwendige länderspezifische Human- und Sozialkapital einschließlich guter Sprachkenntnisse, das für den Arbeitsmarkterfolg entscheidend sein kann. Gleichzeitig vermitteln die zuwandererspezifischen Marktsegmente, in denen Immigranten aufgrund ihrer kulturellen und Sprachkompetenzen bessere Beschäftigungschancen antreffen, durchweg ein deutlich niedrigeres Einkommen und wenig Aufstiegschancen. Dass viele Migranten über ein ausgeprägtes kulturspezifisches Humankapital verfügen, welches in einer zunehmend global vernetzten, arbeitsteiligen Gesellschaft von hohem Wert sein kann, wird von den aufnehmenden Gesellschaften bislang weitgehend ignoriert. Ebenso wird die Rolle der ethnischen Identität in Bezug auf die Integrationswahrscheinlichkeit von Immigranten bislang eher unterschätzt. Wiederholt haben Studien gezeigt, dass die durchschnittliche Arbeitsmarktpformance von Erwerbspersonen mit Migrationshinter-

» In dieser Ausgabe

MIGRATIONSFORSCHUNG UND ZUWANDERUNGSPOLITIK

Eine interdisziplinäre Fachkonferenz in Bonn ging der Frage nach, wie die Transformation gesicherter Erkenntnisse der Migrationsforschung in praktische Zuwanderungs- und Integrationspolitik vorangetrieben werden kann. [Seite 4](#)

INTEGRATION ETHNISCHER MINDERHEITEN IN DER EU

Das IZA hat im Auftrag einer von der EU-Kommission eingesetzten Experten-Gruppe eine länderübergreifende Analyse der Barrieren für die Arbeitsmarkt- und soziale Integration ethnischer Minderheiten in den EU-Staaten vorgelegt. Der Untersuchung zufolge sind viele Minderheitengruppen sozial und ökonomisch stark benachteiligt. [Seite 9](#)

GEOGRAPHISCHE MOBILITÄT IN DER EU

Eine neue IZA-Studie untersucht die Ursachen der räumlichen Immobilität in den EU-Staaten und liefert Empfehlungen für eine Politik zur Förderung der Mobilität von Arbeitskräften. [Seite 13](#)

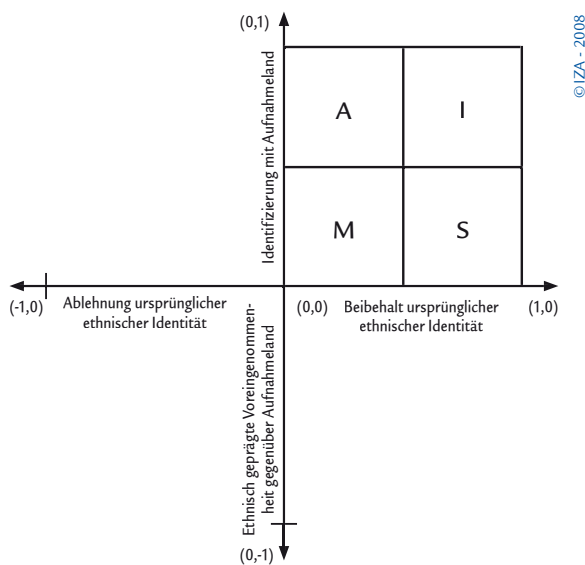
KINDERARBEIT

Das IZA hat ein Netzwerk zur Intensivierung der Forschungsarbeiten zu Formen und Folgen von Kinderarbeit gegründet. [Seite 14](#)

MEINUNG

IZA-Direktor Klaus F. Zimmermann plädiert für die Stärkung der unabhängigen wissenschaftlichen Politikberatung. [Seite 18](#)

Schematische Darstellung zur Messbarkeit ethnischer Identität



Quelle: IZA Discussion Paper No. 3063

diese Identität sind sehr wahrscheinlich, und eine exakte Trennungslinie zwischen den verschiedenen Elementen der ethnischen Identität kann kaum gefunden werden. Es wird ein Analyserahmen benötigt, der die Fortdauer oder das Verschwinden von Ethnizität bezogen auf den Erfolg oder Misserfolg der Immigranten in der Wirtschaft und Gesellschaft zu erklären vermag. Hier hat das IZA-Forschungsteam wissenschaftliches Neuland betreten und psychologische wie auch soziologische Erkenntnisse zur Evaluation von ethnischer Identität und

variieren und sich unabhängig von dem sozialen und kulturellen Prozess im Aufnahmeland bereits vor der Migration herausgebildet haben (IZA Discussion Papers Nos. 2040, 2300, 2535, 3056).

Ethnische Identität wird im Rahmen der IZA-Analysen als der Grad an Bindung oder Identifikation mit dem Aufnahme- und dem Herkunftsland verstanden. Vom Augenblick des Eintreffens im Aufnahmeland an kann die ethnische Identifikation eines Immigranten als eine Bewegung auf einer Ebene zwischen zwei Achsen charakterisiert werden, die das Ausmaß der Bindung an Aufnahme- und Heimatland anzeigen (Abbildung ◀). Im Extremfall wird dabei die ursprüngliche Identität ganz aufgegeben oder aber die Identifikation mit der neuen Heimat bleibt ganz aus. Dazwischen sind verschiedene „Aggregatzustände“ der Identitätsfindung denkbar, je nachdem wie stark die jeweilige Zugehörigkeit zu beiden Kulturen vom jeweiligen Immigranten empfunden wird. Vier Identitätszustände lassen sich dem Konzept zufolge unterscheiden: Assimilation – starke Identifikation mit Kultur und Gesellschaft des Aufnahmelandes bei nur noch schwacher Identifikation mit dem Herkunftsland; Integration – starke Verbundenheit mit dem Herkunftsland, gleichzeitig aber auch starke Bindung an das Aufnahmeland; Separation – Identifikation ausschließlich mit der Ursprungskultur auch nach Jahren der Emigration; Marginalisierung – kein Zugehörigkeitsgefühl, weder zur Kultur des Aufnahmelandes noch zu derjenigen des Herkunftslandes (IZA Discussion Paper No. 3063). In ähnlicher Weise können auch Einheimische einen Prozess der Neufindung der eigenen ethnischen Identität durchlaufen.

grund hinter derjenigen von Einheimischen zurückbleibt. Hierfür kann zum einen ihre im Durchschnitt geringere Ausbildung ursächlich sein, doch auch gut ausgebildete Arbeitskräfte finden häufig keine adäquate Beschäftigung, da es ihnen an dem notwendigen kulturspezifischen Human- und Sozialkapital mangelt. Welche Rolle spielt die ethnische Identität bei der ökonomischen Integration? Diesen Fragen geht das Forschungsprojekt des IZA im Auftrag der VolkswagenStiftung nach.

Zweifelsohne besitzen Immigranten spezielle Fähigkeiten, abhängig von ihrem Ursprungsland, über welche Einheimische nicht verfügen. Wenn beide Gruppen komplementär zueinander sind, ergibt sich auf diese Weise eine Situation, von der Wirtschaft und Gesellschaft im Sinne von mehr Wohlstand insgesamt profitieren. Dabei ist der Prozess der Anpassung und Integration, den die Immigranten durchlaufen, von zentraler Bedeutung. Grundsätzlich erscheint Diversität weit eher geeignet, das Wachstum einer Wirtschaft zu erhöhen, als dass dadurch nachteilige Folgen für diese entstehen dürften. In ethnisch spezialisierten Markt Bereichen werden Immigranten als Träger des entsprechend „passgenauen“ Humankapitals ohnehin einen potenziellen Vorteil gegenüber Einheimischen aufweisen.

Analyserahmen der ethnischen Identität

Die analytische Bewertung von ethnischer Identität und kulturspezifischem Humankapital sowie ihres Einflusses auf den Integrations- und wirtschaftlichen Erfolg eines Zuwanderers im Aufnahmeland begegnet besonderen Schwierigkeiten: Unterschiedliche kulturelle Einflüsse auf

deren Akkulturation in sein ökonomisches Analysemodell einbezogen.

In einem vom IZA entwickelten multidimensionalen Konzept von ethnischer Identität, für das der Begriff „Ethnosizer“ geprägt wurde, kann der Wert des kulturspezifischen Humankapitals eines Zuwanderers gemessen werden. Der Ethnosizer ist ein Instrument zur Messung der Intensität der ethnischen Identität einer Person und vereint die folgenden Elemente: Sprache, Kultur, soziale Interaktion und ethnisches Netzwerk, Migrationsgeschichte und ethnische Selbstidentifizierung des Individuums. Die Forschungsergebnisse anhand dieses Messinstruments sind zuverlässiger als bisherige Analysen aufgrund von Umfragen; sie decken auf, dass ethnische Identitäten primär exogener Natur sind, stark nach Herkunftsland und Geschlecht

Simulierte Veränderung des wirtschaftlichen Erfolges je nach Ausprägung der ethnischen Identität

	Beschäftigungswahrscheinlichkeit		Einkommen		Immobilienbesitz
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	
Integration	0.079	0.199	1.573	3.651	0.261
Assimilation	0.122	-0.011	1.194	-0.024	0.348
Separation	-0.064	-0.081	-1.410	-1.043	-0.171
Marginalisierung	-0.204	-0.078	-2.556	-3.438	-0.082

Der Ethnosizer misst anhand von Daten aus der SOEP-Befragung, wie stark bei einzelnen Immigranten Integration, Assimilation, Separation oder Marginalisierung ausgeprägt sind. Jede dieser 4 Ausprägungen wird anhand von Fragen zu Sprache, Kultur, gesellschaftlicher Interaktion, Migrationshintergrund und ethnischem Selbstverständnis gemessen (Werte von 0 bis 5). Jede Zelle der Tabelle (bei Beschäftigungswahrscheinlichkeit und Hausbesitzern) zeigt, wie stark sich hypothetische Extreme (Wert 5 für die in der Zeile stehende Ausprägung und 0 in den übrigen) von Migranten unterscheiden, die Standard-Ethnosizer-Werte aufweisen. Für die Einkommensspalte werden die logarithmierten Unterschiede im Einkommen zwischen dem hypothetischen Extremfall und dem tatsächlich beobachteten Durchschnittsverdiener aus dem Datensatz verglichen.

Quelle: IZA Discussion Paper No. 3063

Der Status der ethnischen Eigenidentität eines Immigranten zu einem bestimmten Zeitpunkt enthält mithin die Information, ob er oder sie mit einer oder mehr Gesellschaften, deren Kultur und deren Traditionen vertraut ist, also das jeweilige kulturspezifische Humankapital besitzt. Assimilation beinhaltet, dass die Sprache des Aufnahmelandes gesprochen wird, ausreichender Kontakt zu Einheimischen besteht und die entsprechenden Gebräuche und Kommunikationsweisen vertraut sind. Gleichzeitig wäre anzunehmen, dass die Betroffenen kaum noch kulturspezifisches Humankapital des Herkunftslandes aufweisen, während im Falle von Separation das Gegenteil der Fall sein wird. Integration bedeutet den Besitz beiderlei kulturspezifischen Humankapitals, Marginalisierung geht einher mit dessen weitgehendem Verlust (IZA Discussion Paper No. 2040).

Ethnische Identität beeinflusst Arbeitsmarkterfolg

Das Ausmaß des Arbeitsmarkterfolgs steht in dieser Perspektive in starker Abhängigkeit vom Umfang des kulturspezifischen Humankapitals und der ethnischen Identität eines Zuwanderers. Assimilierte Immigranten haben besonders gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt, aber sie konkurrieren auch direkt mit den Einheimischen und verfügen nicht mehr über ein kulturspezifisches Humankapital, das als Zusatzqualifikation eingebracht werden könnte. Integrierte Zuwanderer können auf den „einheimischen“ Arbeitsmarkt treten und als unvollkommene Substitute oder als Komplemente zu den einheimischen Arbeitskräften agieren. Zur gleichen Zeit haben sie Zugang zu „ethnischen“ Märkten und somit bessere Chancen, als wenn sie assimiliert wären. Separierte Immigranten sind begrenzt auf ethnische Enklaven mit einer geringen Chance, in das Aufnahmeland integriert zu werden und dort zu Erfolg zu gelangen. Sie tragen in manchen Fällen auch dazu bei, dass die negativen Vorurteile gegenüber ethnischen Enklaven erhalten bleiben. Deswegen hängt der Erfolg eines Immigranten stark vom Status seiner individuellen ethnischen Identität ab.

Dies verdeutlichen auch Simulationsrechnungen auf Grundlage der empirischen Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP, Welle 2001). Sie zeigen klare Variationen der Beschäftigungswahrscheinlichkeit, des Verdienstniveaus sowie der Wahrscheinlichkeit von Immobilienbesitz je nach ethnischer Identität (Tabelle ◀).

Den Daten und Berechnungen zufolge sind in Deutschland Integration oder Assimila-

tion Voraussetzung für dauerhaften Arbeitsmarkterfolg und ökonomisches Wohlergehen. Mit dem gemessenen Grad der Integration oder Assimilation steigen sowohl die Arbeitswahrscheinlichkeit und die monatlichen Löhne als auch die Eigenheimbesitzerrate, während starke Separation oder Assimilierung einen gegenteiligen Effekt hervorrufen (IZA Discussion Papers Nos. 2420, 3050, 3056). Auch das Geschlecht des Immigranten hat hier einen Einfluss. So profitieren männliche Immigranten sowohl von Assimilation als auch von Integration, während Frauen nur dann anhaltend erfolgreich auf dem Arbeitsmarkt sind, wenn sie gut integriert sind. Weibliche Immigranten scheinen stärker vom Festhalten an ihrer Ursprungskultur in Verbindung mit dem Erwerb des kulturspezifischen Humankapitals des Aufnahmelandes zu profitieren. Weitere ökonometrische Analysen zur Korrelation von ethnischer Identität und wirtschaftlichem Erfolg von Immigranten auf dem deutschen Arbeitsmarkt konnten einen kausalen Zusammenhang herstellen (IZA Discussion Papers Nos. 3056, 3063): Die jeweilige Ausprägung der ethnischen Identität bestimmt den Grad des Arbeitsmarkterfolgs, und nicht umgekehrt. Ökonomisch erfolgreiche Immigranten verändern ihre ethnische Identität nicht aufgrund dieses Erfolges; ebenso wenig veranlasst ausbleibender wirtschaftlicher Erfolg zu einer Modifizierung ethnischer Identität.

Auswirkungen von Ethnizität auf Einbürgerung und Risikoeinstellungen

Über diese Analysen zum Einfluss der ethnischen Identität auf den Arbeitsmarkterfolg von Migranten hinaus hat das IZA weitere Aspekte der Ethnizität untersucht. Anhand des Ethnosizer-Konzepts und aktueller SOEP-Daten aus dem Jahr 2005 lassen sich Determinanten der Einbürgerungswahrscheinlichkeit identifizieren, die über die herkömmlichen demographischen und sozio-ökonomischen Charakteristika – wie Bildungsniveau, Geschlecht oder Familienstand – hinausgehen und explizit den Erfolg des bisherigen Integrationsprozesses sowie die Ethnizität der Immigranten berücksichtigen. Den Analysen zufolge erscheint die deutsche Staatsangehörigkeit weiblichen und besser ausgebildeten Einwanderern als besonders attraktiv, während Immigranten, die in Deutschland ausgebildet wurden, geringeren Wert auf Einbürgerung legen. Der Grad der Integration in die deutsche Gesellschaft hat einen unmittelbaren Einfluss auf die Annahme der Staatsangehörigkeit: Während ein längerer Aufenthalt die Einbürgerungsbereitschaft tendenziell negativ beeinflusst, nehmen Immigranten, die in jungen Jahren einwandern und enge deut-

sche Freunde haben, die Staatsbürgerschaft eher an (IZA Discussion Paper No. 3260).

Das Thema der kulturellen Assimilation innerhalb ethnischer Gruppen und des Verschwindens der ethnischen Identität etwa durch interkulturelle Ehen war ebenfalls Gegenstand von IZA-Untersuchungen. Die hierzu vorliegenden Ergebnisse zeigen, dass ein Festhalten an ethnischer Identität die Eingliederung von Individuen in eine größere Gesellschaft keineswegs verhindert (IZA Discussion Paper No. 2212).

Bemerkenswerterweise beeinflusst die ethnische Identität auch die Risikobereitschaft. So zeigen IZA-Studien, dass die in dieser Hinsicht zwischen Einwanderern und Einheimischen feststellbaren Unterschiede bei solchen Immigranten größer sind, die enge Verbindungen zu ihrer Heimat aufrechterhalten, während assimilierte Zuwanderer ein ähnliches Risikoverhalten an den Tag legen wie Einheimische. Die erste Zuwanderergeneration in Deutschland ist beispielsweise weit risikoscheuer als Einheimische, während sich die zweite Generation in der Risikobereitschaft nicht mehr von den Einheimischen unterscheidet. Je höher der Grad der Assimilation ist, desto höher ist auch die Risikobereitschaft, bei Männern wie bei Frauen (IZA Discussion Papers Nos. 1999, 2537).

Fazit: Stärkere politische Berücksichtigung der Integrationswahrscheinlichkeit nötig

Die Forschungsergebnisse zeigen, dass eine vorausschauende Zuwanderungs- und Integrationspolitik gut daran tut, die Wirkungsfaktoren von ethnischer Identität ins Kalkül zu ziehen. Den IZA-Analysen zufolge ist die vollständige Assimilation von Immigranten auf dem Arbeitsmarkt nicht unbedingt ein Vorteil, während es zugleich Separation und Marginalisierung zu verhindern gilt. Wünschenswert sind Strategien, die gleichberechtigte Integration und ethnische Vielfalt in der Gesellschaft begrüßen und dadurch Kreativität und Dynamik fördern, ohne Separation zu begünstigen.

Dem gilt es proaktiv schon vor der Einreise von Zuwanderern Rechnung zu tragen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Eigenschaften, die für die ethnische Identität bestimmend sind, im Wesentlichen schon vor der Migration bestehen. So dürfte es unter den hier diskutierten Gesichtspunkten beispielsweise sinnvoller sein, junge Menschen anzuwerben, die in Deutschland ihre (akademische) Ausbildung absolvieren, als auf das schon im Herkunftsland erworbene Ausbildungsniveau zu achten, das eben per se noch keine „Garantie“ für eine erfolgreiche Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft bietet.

Bei der überfälligen Erarbeitung entsprechender Zuwanderungskriterien im Rahmen eines Auswahl- und Quotensystems sollte mithin die Integrationsprognose von vornherein mit einbezogen werden. Je größer

die Wahrscheinlichkeit von Integration oder Assimilation, umso größer ist auch die Wahrscheinlichkeit, einen adäquaten Arbeitsplatz zu finden, ein höheres Einkommen zu erzielen und zur gesamtgesell-

schaftlichen Wohlfahrt beizutragen. Eine künftig stärker ökonomisch auszurichtende Zuwanderungspolitik darf diesen Zusammenhang nicht außer Acht lassen.

Ausgewählte IZA Discussion Papers zum Thema

IZA DP No. 3260:

A. Constant, L. Gataullina,
K. F. Zimmermann

**Naturalization Proclivities,
Ethnicity and Integration**

IZA DP No. 3063:

A. Constant, K. F. Zimmermann
**Measuring Ethnic Identity and
Its Impact on Economic Behavior**
*published in: Journal of the
European Economic Association,
2008, 6 (2-3), 424-433*

IZA DP No. 3056:

K. F. Zimmermann
**Migrant Ethnic Identity:
Concept and Policy Implications**
*forthcoming in: *Ekonomia*, 2008*

IZA DP No. 3050:

A. Constant, R. Roberts,
K. F. Zimmermann
**Ethnic Identity and Immigrant
Homeownership**

IZA DP No. 2537:

H. Bonin, A. Constant,
K. Tatsiramos, K. F. Zimmermann
**Ethnic Persistence, Assimilation
and Risk Proclivity**

IZA DP No. 2535:

L. Zimmermann, K. F. Zimmermann
A. F. Constant
**Ethnic Self-Identification of
First-Generation Immigrants**
*published in: *International Migration
Review*, 2007, 41 (3), 769-781*

IZA DP No. 2420:

A. Constant, L. Gataullina,
K. F. Zimmermann
Gender, Ethnic Identity and Work

IZA DP No. 2300:

L. Zimmermann,
L. Gataullina,
A. Constant,
K. F. Zimmermann
**Human Capital and Ethnic
Self-Identification of Migrants**
*published in: *Economics Letters*,
2008, 98 (3), 235-239*

IZA DP No. 2212:

C. U. Chiswick
**The Economic Determinants of Ethnic
Assimilation**
*forthcoming in: *Journal of
Population Economics*, 2009*

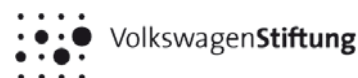
IZA DP No. 2040:

A. Constant, L. Gataullina,
K. F. Zimmermann
Ethnosizing Immigrants
*forthcoming in: *Journal of Economic
Behavior and Organization*, 2008*



► <http://www.iza.org/publications/dps>

An der Schnittstelle zwischen Migrationsforschung und Zuwanderungspolitik VolkswagenStiftung und IZA richten interdisziplinäre Fachtagung in Bonn aus



Im Rahmen des von der VolkswagenStiftung geförderten interdisziplinären Forschungsprojekts zu „Migration und Integration“ fand am 23. und 24. November 2007 in Bonn die dritte gemeinsame Fachkonferenz aller am Projekt mitwirkenden Studiengruppen statt. Neben ökonomischen Fragestellungen und Analyseergebnissen wurden auch die Forschungsergebnisse aus Soziologie, Politikwissenschaft, Anthropologie, Sozialpsychologie und Linguistik präsentiert. Die von IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann*, *Amelie Constant* (IZA, Georgetown University und DIW DC) und *Konstantinos Tatsiramos* (IZA) organisierte Veranstaltung stand unter dem Leitthema „The Interface between Migration Research and Policy Making“ und war in ihrem ersten Teil der Frage gewidmet, wie die Transformation gesicherter Erkenntnisse der Migrationsforschung in praktische Politik besser gelingen könne.

In Vertretung des kurzfristig verhinderten nordrhein-westfälischen Integrationsminis-

ters *Armin Laschet* referierte *Dimitria Clayton* (Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration, NRW) über mögliche Gründe für das „Kommunikationsproblem“ zwischen Forschung, Politik und Öffentlichkeit, führte aber auch „ermutigende Beispiele“ für einen erfolgreichen Dialog an. Der sprichwörtliche „Tunnelblick“ mancher Politiker lasse sich ebenso überwinden wie die Scheu vieler Wissenschaftler, ihre Forschungsergebnisse „einfach“ zu formulieren.

Gerade bei einem so sensiblen Themengebiet wie Zuwanderung und Integration sei eine angemessene Information der Öffentlichkeit durch Politik und Wissenschaft von zentraler Bedeutung. Den Medien komme hier ein hohes Maß an Verantwortung zu, es müssten aber gezielt auch die gesellschaftlichen Gruppen in den „Aufklärungsprozess“ eingebunden werden. Am Beispiel des Landesministeriums für Integration machte die seit 20 Jahren in Deutschland

lebende US-Amerikanerin Clayton deutlich, welchen Stellenwert eine wissenschaftliche Begleitung der Migrations- und Integrationspolitik haben könne. So fördere das Ministerium zurzeit annähernd 40 Forschungsprojekte zu ausgewählten Themen der Zuwandererintegration. Auch wenn die hier erzielten Forschungsergebnisse nicht immer auf direktem Weg in politische Programme umgesetzt würden, seien sie dennoch unverzichtbar für die Politik, da immer wieder neue Denkansätze und Anstöße aus der Interaktion mit der Wissenschaft hervorgingen.

Viel Zustimmung erhielt Dimitria Clayton auch für ihren Hinweis auf die zentrale Bedeutung einer verlässlichen Datengrundlage sowohl als Ausgangsbasis für die Forschung wie auch als Legitimationsbasis für die Politik. Sie begrüßte die inzwischen endlich geschaffenen Möglichkeiten, auch den Migrationshintergrund eingebürgerter deutscher Staatsbürger erfassen zu kön-



Barbara John



Dimitria Clayton



Timothy J. Hatton

nen, da nur auf diesem Wege Datensätze erhoben werden könnten, mit denen sich eine angemessene Evaluation der Integrationspolitik durchführen lasse.

Mit *Barbara John* referierte im Anschluss eine der bundesweit profiliertesten Integrationspolitikerinnen. Nach ihrer 22 Jahre währenden Tätigkeit als Ausländer- und Integrationsbeauftragte des Berliner Senats ist sie zurzeit als Koordinatorin für Sprachförderung bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport in Berlin tätig. Sehr anschaulich erläuterte sie, warum das, was die deutsche Öffentlichkeit über Immigration zu wissen meine, oft nicht der Realität entspreche, und dass viele Integrationsaufgaben in der Vergangenheit falsch angegangen worden seien. Angefangen von der „Lebenslüge“ des Gastarbeiterstatus der ins Nachkriegsdeutschland einwandernden Migranten zögen sich Ungereimtheiten und Unaufrichtigkeiten wie ein roter Faden durch mehrere Jahrzehnte deutscher Zuwanderungs- und Integrationspolitik, so dass verbreitete Unkenntnis und Vorbehalte in der Öffentlichkeit nicht überraschen dürften – ein Problem sowohl für die Vermittlung von Forschungsergebnissen wie auch für die erforderliche, nachhaltige politische Kurskorrektur.

Solange sich noch nicht die in der Wissenschaft weitgehend unumstrittene Erkenntnis durchgesetzt habe, dass Zuwanderung – sofern sie zielorientiert gesteuert wird – langfristig der Gesamtgesellschaft Vorteile

bringe, werde die Öffentlichkeit mit Skepsis auf eine liberale Migrationspolitik reagieren, was wiederum die dies antizipierende Politik zögern lasse. Nur durch diese Konstellation sei zu erklären, warum es in Deutschland nach wie vor das Paradoxon restriktiver Arbeitserlaubnisvorschriften bei gleichzeitig eher großzügiger Gewährung von Sozialleistungen gebe, obwohl das genaue Gegenteil (integrations-)politisch sinnvoll sei. Und nur so sei auch zu verstehen, warum die Bundesrepublik bislang nahezu vollständig auf eine Steuerung der Zuwanderung unter ökonomischen Gesichtspunkten verzichte und die mit dem neuen Zuwanderungsgesetz prinzipiell geschaffenen Möglichkeiten nur unzulänglich ausschöpfe.

Expertendiskussion: Wie können Resultate der Migrationsforschung besser in Politik und Öffentlichkeit transportiert werden?

Im Anschluss an die beiden Impulsreferate fand eine Diskussion zur Frage „How to Talk to the General Public About Migration?“ statt, an der neben Dimitria Clayton und Barbara John auch Klaus F. Zimmermann sowie *Jeroen M.J. Doomernik* (University of Amsterdam, IMES) und *Timothy J. Hatton* (University of Essex, Australian National University, IZA) teilnahmen. Die Moderation übernahm Amelie Constant. Deutlich wurden im Verlauf der Diskussion die unterschiedlichen Erwartungshaltungen und Herangehensweisen von Politik, Wissenschaft und Medien in Bezug auf das Thema

Migration, die einer verantwortungsvollen „Aufklärung“ der Öffentlichkeit häufig im Wege stehen. Komplexe Analysen der Wissenschaft seien mit den Vereinfachungsbedürfnissen von Medien und Politik nicht leicht in Einklang zu bringen.

Als Folge eines medial oft verzeichneten Bildes stoße das Anliegen einer sachlichen Information der Öffentlichkeit oft auf Probleme und werde die Glaubwürdigkeit der von der Wissenschaft vermittelten Erkenntnisse angezweifelt. Gleichzeitig spiele die Politik „nach eigenen Regeln“ (*Barbara John*) und nehme von den Forschungsergebnissen gern nur das zur Kenntnis, was zur Legitimation der eigenen politischen Konzeption nutzbar gemacht werden könne. Dimitria Clayton entwarf freilich ein optimistisches Bild der Zugänglichkeit von Migrationspolitik(ern) für eine fachkundige wissenschaftliche Beratung, indem sie darauf verwies, dass letztere in der jüngeren Vergangenheit verstärkt nachgefragt worden sei und politisch durchaus „Spuren“ hinterlassen habe, auch wenn die Umsetzung stets nur in kleinen Schritten erfolgen könne, um die Bevölkerung „mitzunehmen“.

„Was die Öffentlichkeit über Migration wissen will, ist nicht immer das, was wir wissen“ (Klaus F. Zimmermann)

Zimmermann kritisierte dennoch den mangelnden „langen Atem“ der deutschen Migrations- und Integrationspolitik, die zwar in Form sowohl der Reform des Staatsan-



Alfred Schmidt, Amelie Constant



Jeroen M.J. Doomernik, Klaus F. Zimmermann

3rd Integrated Conference of the Volkswagen Study Group on Migration and Integration: The Interface Between Migration Research and Policy Making

Friday, November 23

Welcome Address

Klaus F. Zimmermann

(IZA, University of Bonn, DIW Berlin)

Alfred Schmidt

(Volkswagen Foundation)

Keynote Address 1

Chair: *Klaus F. Zimmermann*

(IZA, University of Bonn, DIW Berlin)

“Migration Policy, Migration Research – Challenges and Prospects”

Dimitria Clayton

(Ministry for Intergenerational Affairs, Family, Women and Integration, North Rhine-Westphalia) representing *Armin Laschet* (Minister of Intergenerational Affairs, Family, Women and Integration, North Rhine-Westphalia)

Keynote Address 2

Chair: *Klaus F. Zimmermann*

(IZA, University of Bonn, DIW Berlin)

“Is Everything Wrong Germans Know About Immigration?”

Barbara John

(Berlin Senate Commissioner for Migration and Integration 1981-2003, Berlin Senate Coordinator of Language Training for Migrants)

Plenary Session

“How to Talk to the General Public About Migration”

Chair: *Amelie Constant*

(Georgetown Public Policy Institute, Georgetown University, DIW DC, IZA)

Dimitria Clayton

(Ministry for Intergenerational Affairs, Family, Women and Integration, North Rhine-Westphalia)

Jeroen M.J. Doomernik

(University of Amsterdam, IMES)

Timothy J. Hatton

(University of Essex, UK, Australian National University, IZA)

Barbara John

(Berlin Senate Commissioner for Migration and Integration 1981-2003, Berlin Senate Coordinator of Language Training for Migrants)

Klaus F. Zimmermann

(IZA, University of Bonn, DIW Berlin)

Parallel Sessions

Session 1:

Education, Integration and Policy Making

Chair: *Uta Quasthoff*

(University of Dortmund)

Anette Haas

(Institute for Employment Research, IAB)

Andreas Damelang

(Institute for Employment Research, IAB)

“Migration and Labour Market Integration from a Regional Perspective – Does Cultural Diversity matter?”

Francesco D’Amuri

(Fondazione Eni Enrico Mattei and ISER, University of Essex)

Gianmarco I.P. Ottaviano

(Fondazione Eni Enrico Mattei, Univerista’ di Bologna and CEPR)

Giovanni Peri

(University of California, Davis and NBER)

“The Labor Market Impact of Immigrants in West Germany”

Maurice Crul

(University of Amsterdam)

“The Integration of the European Second Generation”

Session 2: Cultural Capital, Ethnic Capital and Labor Market Policies

Chair: *Karin Schittenhelm*

(University of Siegen)

Anja Weiß

(University of Duisburg)

“The Experience of Legal Exclusion. What Does It Teach Us About Migration Legislation and Administration? What Is the Position of Social Science in this Highly Politicized Field?”

Eleni Hatzidimitriadou

(University of Kent)

“Migration and Education as an Issue for Policy Recommendation: Second Generation Perspectives in a German-British Comparison”

Martin Kahanec (IZA)

Mehmet Tosun

(University of Nevada-Reno)

“Political Economy of Immigration in Germany: Attitudes and Citizenship Aspirations”

Anzelika Zaiceva (IZA)

Klaus F. Zimmermann

(IZA, University of Bonn, DIW Berlin)

“Children, Kitchen, Church: Does Ethnicity Matter?”

Presentations by Newly Funded Volkswagen Study Groups

Chair: *Jens Schneider*

(University of Amsterdam)

Matilde Grünhage Monetti

(German Institute for Adult Education, DIE)

Martin Hartung

(German Institute for Adult Education, DIE)

“Researching Workplace Communication towards Developing L2 Provision at/for the Workplace”

Uta Quasthoff

(University of Dortmund)

“Literacy between Languages and Cultures: Resource and Obstacle to Integration”

Michael Bommers

(University of Osnabrück)

Christoph Schroeder

(Bilgi University Istanbul and University of Potsdam)

Ulrich Mehlum

(IMIS, University of Osnabrück)

Inken Sürig

(IMIS, University of Osnabrück)

“Literacy Acquisition in Schools in the Context of Migration and Multilingualism: A Comparative Study Turkey/ Germany. Project Outline & State of the Art.”

Ludger Pries

(University of Bochum)

“Transnational Migrant Organisations in Europe – Integrating Whom and Where”

Saturday, November 24

Session 3: Integration Policies

Chair: *Amelie Constant*

(Georgetown Public Policy Institute, Georgetown University, DIW DC, IZA)

Christiane Falge

(University of Bremen),

Giulia Bigot

(University of Trento),

Saime Ozcurumez

(McGill University),

Maria Laura Russo

(University of Trento),

Ulla Wittig

(University Hospital Leipzig),

Lloy Wylie

(University of British Columbia)

“Political Advocacy and Civic Engagement: The Case of Immigrants Participation in the Health Systems of Canada, Italy and Germany”

Session 4: Migration and Public Life

Chair: *Amelie Constant*

(Georgetown Public Policy Institute, Georgetown University, DIW DC, IZA)

Rüdiger Lautmann

(Institute for Research on Security and Prevention, ISIP)

“Organizational and Societal Interests in Conflict: About the Difficulties of Scientific Research to Intervene in Organizational Practices”

Final Discussion, Assessment and Further Planning

Chair: *Alfred Schmidt*

(Volkswagen Foundation)

► www.iza.org/link/3rdVW

gehörigkeitsrechts als auch des seit 2005 geltenden neuen Zuwanderungsgesetzes bemerkenswerte Fortschritte erzielt habe, es inzwischen aber wieder am „Willen zur konstruktiven Weiterentwicklung“ fehlen lasse. So drängten sich zwar angesichts des wachsenden Fachkräftemangels in Deutschland Korrekturen des Zuwanderungsgesetzes auf, die aber de facto weit davon entfernt seien, auf der politischen Agenda nach vorne zu rücken. Insofern sei es auch Aufgabe der Wissenschaft, über die Medien Themen und Lösungen voranzutreiben. Damit sei aber zugleich auch eine nicht zu unterschätzende Gefahr verbunden, medial nicht zutreffend oder stark vereinfacht zitiert zu werden und somit womöglich gar das Gegenteil des Beabsichtigten zu erreichen.

Eine entsprechende Vorsicht und Offenheit des Umgangs vorausgesetzt, sei dennoch der Weg über die Medien ein beson-

ders erfolgversprechender Versuch der Beeinflussung politischer Entscheidungen. Dabei dürfe jedoch die wissenschaftliche Redlichkeit keinen Schaden nehmen. Die Diskussionsteilnehmer waren sich einig in der abschließenden Diagnose, dass gerade die Migrations- und Integrationspolitik letztlich nur in wohl dosierten Einzelschritten erfolgreich agieren könne. Im Rahmen von Initiativen wie derjenigen der VolkswagenStiftung sei es Aufgabe der Wissenschaft, hierfür durch praxisnahe Forschungsarbeiten den Boden zu bereiten.

Studiengruppen präsentieren interdisziplinäre Forschungsergebnisse

Im weiteren Verlauf der Konferenz präsentierten alle am Forschungsprojekt der VolkswagenStiftung beteiligten Studiengruppen ihre aktuellen Forschungsergebnisse. Die folgenden Themen standen

dabei vor allem zur Diskussion: Wie setzt sich kulturelles Kapital zusammen, und welche Rolle spielt es beim Zugang zum Arbeitsmarkt? Hat kulturelle Vielfalt einen Einfluss auf den Arbeitsmarkterfolg von Immigranten und Einheimischen? Welche Rolle spielt in dieser Hinsicht ethnische Vielfalt auf institutioneller Ebene? Welchen Integrationserfolg vermittelt ein ausländischer Hochschulabschluss im Vergleich zu einem im Inland erworbenen Abschluss? Wie wichtig ist eine gezielte Integration bereits im Kindergarten? Ein besonderes Genmerk des Forschungsverbunds liegt auf Analysen zum Einfluss des Spracherwerbs auf den Integrationserfolg. Über alle Studiengruppen hinweg bestand Einigkeit, dass von politischer Seite Initiativen zur Bereitstellung einer ergiebigeren Datengrundlage ergriffen werden sollten, um weitere politikorientierte Forschungsarbeiten zu diesem wichtigen Themengebiet zu ermöglichen.

Führungsrolle des IZA in der ökonomischen Migrationsforschung: Breiter Veranstaltungskanon, wertvolle Forschungsimpulse

Expertisen zur Ethnizität: Migrant Ethnicity Meeting (MEM)

Das dritte „IZA Migrant Ethnicity Meeting“ wurde in Kooperation mit DIW DC bereits im März 2007 in Washington DC ausgerichtet und lieferte wichtige Erkenntnisse zu allen vom IZA im Auftrag der VolkswagenStiftung erforschten Fragestellungen: (1) Messung von Ethnizität, (2) Bedeutung von Staatsangehörigkeit, (3) Selbständiges Unternehmertum von Migranten sowie (4) Interethnische Eheschließungen. Die Thematik der ethnischen Identität und ihrer Messung war Gegenstand der Präsentationen von *Roland J. M. Benabou* (Princeton University und IZA) über „Identity, Dignity and Taboos“ und *Amelie Constant* (IZA, DIW DC und Georgetown University) zur Frage „Does Ethnosing Pay? Gender and Native- Migrant Differences“.

Konstantinos Tatsiramos (IZA) referierte über die Dynamik des ethnischen Unternehmertums unter Immigranten in den USA. Einflussfaktoren der Zuwandererintegration waren Gegenstand der Untersuchungen von *Martin Kahanec* (IZA) zum Einfluss von Ethnizität und Spracherwerb auf „The Russian-Ukrainian Earnings Divide“, während *James Hollifield* (Southern Methodist University at Dallas und IZA) Immigration und Integration am Beispiel neuer Daten aus dem texanischen Dallas studierte. Interkulturelle Ehen zwischen Immigranten in den USA analysierte *Christina Houseworth* (University of Illinois, Chicago). IZA-Programmdirektor *Barry Chiswick* (University of Illinois, Chicago) referierte zum Themengebiet Humankapital, Kon-



fession und Religiosität. *Solomon Polachek* (Binghamton University und IZA) erweiterte den Betrachtungshorizont mit einer aufschlussreichen Studie zum Einfluss von Naturkatastrophen auf (ethnische) Arbeitsmärkte.

Wissenschaft und Praxis im Dialog: IZA Interethnic Practitioners' Meetings

Interethnischen Eheschließungen widmete sich im Mai 2007 auch das dritte „IZA Interethnic Practitioners' Meeting“ im Rahmen des Forschungsprojekts der VolkswagenStiftung. Ähnlich wie die vorherigen Expertentreffen zu Fragen von Einbürgerung und ethnischen Unternehmertum bot dieses spezielle Format IZA-Forschern, binational verheirateten Migranten sowie Vertretern von Interessenverbänden Gelegenheit zum Abgleich von Forschungsthemen und gesellschaftlicher Wirklichkeit.

Diskussionsthemen der von *Barry Chiswick* und *Amelie Constant* organisierten Veranstaltung waren unter anderem Probleme bei der Erlangung von Visa und Aufenthaltsgenehmigungen, Erscheinungsformen von Diskriminierung ausländischer Ehepartner, Sprachbarrieren, aber auch besondere Integrationserfolge. Diese bewährte Form des Austausches zwischen Wissenschaft und Praxis ist fester Bestandteil der IZA-Forschungsarbeiten im Auftrag der VolkswagenStiftung.



IZA-Buchpräsentation: Zuwanderungspolitik und Arbeitsmarkt



D. Papademetriou, H. Bonin, K. F. Zimmermann

Auf Einladung des Migration Policy Institute (MPI) und in Kooperation mit DIW DC präsentierte das IZA im März 2007 in Washington den Band „Immigration Policy and the Labor Market: The German Experience and Lessons for Europe“. IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* und *Holger Bonin*, einer

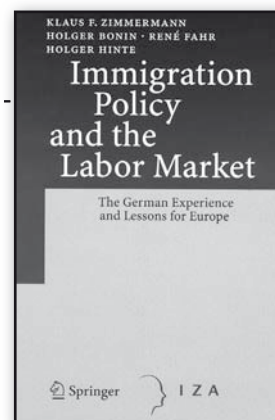
der Koautoren der IZA-Studie, diskutierten mit MPI-Präsident *Demetrios Papademetriou* und dem Publikum sowohl die neue Zuwanderungsgesetzgebung Deutschlands und die Perspektiven einer Europäisierung der Migrationspolitik als auch die Herausforderungen, die eine mögliche Stärkung des Zuwanderungsstandortes Europa für die US-amerikanische Einwanderungspolitik mit sich brächte. Zimmermann verwies auf verschiedene Initiativen der EU-Kommission, die bislang sehr schwache Position Europas im weltweiten Wettbewerb um Humankapital

zu verbessern. Europa müsse im eigenen Interesse attraktive Zuwanderungsoptionen für qualifizierte Migranten schaffen und aktiv um die „besten Köpfe“ werben.

Klaus F. Zimmermann/Holger Bonin/René Fahr/Holger Hinte

Immigration Policy and the Labor Market: The German Experience and Lessons for Europe

Springer: Berlin/Heidelberg, 2007;
ISBN 978-3-540-68381-0
209 Seiten



Marktplatz der Migrationsforschung: IZA Annual Migration Meeting (AM²)

Ein ebenso attraktives Format bieten die hochrangig besetzten Jahreskonferenzen des IZA-Forschungsschwerpunkts Migration. Das vierte IZA Annual Migration Meeting (AM²) fand unter der Regie von *Barry R. Chiswick* und *Amelie Constant* im Mai 2007 in Bonn statt. Dem wichtigen Themenkomplex von Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz waren Beiträge von *Steven Stillman* (Motu Economic and Policy Research Trust und IZA) und *Arturo Gonzalez* (Public Policy Institute of California und IZA) gewidmet. Stillman beschrieb die ambivalenten Auswirkungen von Immigration auf die Gesundheit von Kindern, während Gonzalez Analysen zur Situation nichtregistrierter Immigranten als Tagelöhner in der amerikanischen Landwirtschaft („day labor“) vorlegte, denen zufolge für diese Gruppe in der Praxis geringere Standards hinsichtlich des Arbeitsschutzes gelten. Eine teils kontroverse Diskussion entzündete sich an den Präsentationen zum Zusammenhang von Religionszugehörigkeit, Diskriminierung und Ethnizität. *Pieter*

Bevelander (Malmö University und IZA) referierte über die Einstellungen von Jugendlichen gegenüber Muslimen in Schweden, *Dan-Olof Rooth* (Kalmar University und IZA) stellte ebenfalls am Beispiel Schwedens Forschungsergebnisse zur – deutlichen – „impliziten Diskriminierung“ von Zuwanderern mit arabisch anmutenden Familiennamen bei Einstellungen neuer Mitarbeiter vor. *Amelie Constant* präsentierte aktuelle IZA-Resultate zum Einfluss des „Ethnosizers“ auf die Einkommensentwicklung von Zuwanderern und Einheimischen.

Eine Fülle von Anregungen für die weitere Forschung vermittelten auch die unter dem Leitthema „Qualifikation, Produktivität und soziale Schichtung“ zusammen gefassten Studien, in denen *Massimiliano Tani* (Macquarie University, Sydney und IZA) die Verteilung qualifizierter Immigranten in der EU analysierte, *Daniele Paserman* (Boston University und IZA) Produktivitätsvorteile durch hochqualifizierte Zuwanderer in Israel aufzeigte

und *Guillermina Jasso* (New York University und IZA) den Einfluss von Immigration auf die soziale Schichtung untersuchte. Die Wirkungsmechanismen von Migrationsnetzwerken studierten *David McKenzie* (World Bank und IZA) und *Alfonso Miranda* (Keele University und IZA) am Beispiel der Zuwanderung von Mexiko in die USA. Die traditionelle Julian Simon Lecture zu Ehren des einflussreichen Pioniers der Migrationsforschung gab *Barry R. Chiswick* zur Ökonomie des Spracherwerbs von Migranten.

► www.iza.org/files/js2007.pdf



Barry R. Chiswick

Bundeswirtschaftsministerium präsentiert IZA-Studie

IZA-Gutachten belegt Realisierbarkeit von Workfare

Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft hat das IZA eine Studie zur „Umsetzung des Workfare-Ansatzes im BMWi-Modell für eine existenzsichernde Beschäftigung“ erarbeitet. Diese Studie wurde am 13. Mai von IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* und BMWi-Staatssekretär *Walter Otremba* in Berlin vorgestellt. Das BMWi-Modell sieht vor, von Empfängern staatlicher Lohnersatzleistung eine Gegenleistung

in Form von Bürgerarbeit zu verlangen. Dadurch soll der Anreiz gestärkt werden, die eigene Existenz durch eine Vollzeittätigkeit selbst zu sichern. Das IZA hatte im letzten Jahr errechnet, dass durch die Umsetzung dieses Modells ein Beschäftigungseffekt von bis zu 1,4 Millionen Arbeitsplätzen ausgelöst werden kann. Hierdurch könnten die öffentlichen Haushalte jährlich um rund 25 Milliarden Euro entlastet werden. Den ak-

tuellen IZA-Untersuchungen zufolge kann das BMWi-Modell ohne größeren organisatorischen Aufwand umgesetzt werden. Inzwischen hat sich auch der Wissenschaftliche Beirat des Bundesfinanzministeriums im Grundsatz dieser Position des IZA angeschlossen und spricht sich in einem aktuellen Gutachten ebenfalls für die Einführung von Workfare-Elementen aus.

► www.iza.org/files/IZA18.pdf

IZA-Studie: Defizite der sozialen und ökonomischen Integration ethnischer Minderheiten in den EU-Staaten

Unter Leitung von IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann*, *Amelie Constant* (IZA, DIW DC und Georgetown University), *Don DeVoretz* (IZA und Simon Fraser University) und *Martin Kahanec* (IZA) hat das IZA eine umfassende länderübergreifende Analyse zur Arbeitsmarktintegration ethnischer Minderheiten in den EU-Staaten erarbeitet. Finanziert wurde die Studie von der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit der Europäischen Kommission, Auftraggeber war die von ihr eingesetzte „High Level Advisory Group of Experts on the Social Integration of Ethnic Minorities and their Full Participation in the Labour Market“ unter Leitung von *Rita Süssmuth* (Präsidentin des Deutschen Bundestages a.D.). Das Wissenschaftlerteam umfasste insgesamt 20 Experten aus verschiedenen Forschungsinstitutionen und dem IZA – unter ihnen auch IZA-Programmdirektor *Barry Chiswick* (IZA und University of Illinois at Chicago), *Anzelika Zaiceva* (Universität Bologna und IZA) und *Liliya Gataullina* (IZA und DIW Berlin). Für die im Rahmen des Projekts eigens erstellten Länderexpertisen konnten elf weitere namhafte Fachleute gewonnen werden.

Die IZA-Studie liegt als IZA Research Report No.16 vor und bietet eine umfassende Analyse der Barrieren für die Arbeitsmarktintegration ethnischer Minderheiten in den EU-Staaten. Auf Basis der zur Verfügung stehenden empirischen Daten sowie eigener Befragungen liefert die Untersuchung erstmals einen Gesamtüberblick zur sozialen und ökonomischen Situation verschiedener Minderheitengruppen in der Europäischen Union, bewertet sowohl ausgewählte Good-Practice-Beispiele von Integrationsinitiativen auf privatwirtschaftlicher Ebene als auch bisherige Politikmaßnahmen und leitet daraus politische Handlungsempfehlungen ab. Die Studie enthält eine Fülle von Vorschlägen für eine nachhaltige Integrationspolitik der EU unter ökonomischem Vorzeichen. Weitere Beiträge ermöglichen eine genauere Analyse der Situation der Roma und unternehmen den Versuch, kulturelle Aspekte sowie die Rolle des Selbstbildes der Minderheiten zu berücksichtigen. Angesichts der in vielerlei Hinsicht unzureichenden Arbeitsmarktintegration appelliert die Studie an die Politik, die hier seit langem ungenutzten Potenziale gezielt zu erschließen, Zugangsbarrieren zu beseitigen und auf diese Weise auch die soziale Integration voranzutreiben.

Zweifelloos kann die erfolgreiche ökonomische Integration von Minderheitsgruppen zu positiven Spillover-Effekten für die kul-

turelle und gesellschaftliche Sphäre führen. Die Länderstudien für Dänemark, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Lettland, Niederlande, Rumänien, Slowakei, Spanien und Großbritannien ermöglichen eine genauere Analyse der Integrationsproblematik. Diese Länder wurden aufgrund der Größe ihrer jeweiligen ethnischen Bevölkerungsgruppen, aber auch im Hinblick auf das jeweils zu vermutende Risiko der Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt ausgewählt und können im Hinblick auf Beitrittsdatum, Bevölkerung und Wirtschaftswachstum als repräsentativ für die EU insgesamt angesehen werden. Aus den Länderstudien geht hervor, dass in jedem der zehn untersuchten Arbeitsmärkte erhebliche externe Integrationshürden existieren: diese manifestieren sich insbesondere in einem niedrigen Humankapitalniveau sowie geringer generationenübergreifender (Einkommens-)Mobilität bei Angehörigen der verschiedenen Minderheitengruppen. Als Indikatoren zur Messung der Integration wurden dabei Erwerbs- und Arbeitslosenquoten sowie Arbeitseinkommen herangezogen. Zur besseren Einschätzung wurde über die europäischen Länderstudien hinaus zusätzlich auch die – überwiegend weit vorteilhaftere – Situation ethnischer Minderheiten in Kanada als Vergleichsmaßstab in den Blick genommen.

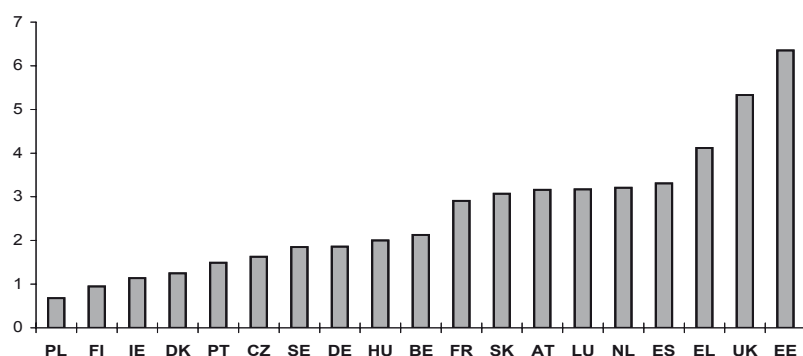
Defizitäre Integration – defizitäre Datenlage

Die Unzulänglichkeit und Inkonsistenz der verfügbaren Daten auf europäischer Ebene bilden bei der Untersuchung der Integration ethnischer Minderheiten ein erhebliches Problem. Die Erarbeitung einer verlässlichen Mikrodatabank, die eine umfassen-

de länderübergreifende Analyse der Situation ethnischer Minderheiten ermöglicht, ist und bleibt eine große Herausforderung für die politische Arbeit der Europäischen Union. Dessen ungeachtet zeigt der IZA-Report eine besorgniserregende Lage ethnischer Minderheiten in der Europäischen Union auf. Sie weisen durchweg höhere Arbeitslosenquoten, geringeren beruflichen Erfolg und niedrigere Löhne auf und sind – gemessen an den Erwerbsquoten – häufig in weit geringerem Maße in das wirtschaftliche Leben eingebunden. Nur wenige Minderheitengruppen haben, möglicherweise aufgrund von Selbstselektionseffekten, eine höhere Beteiligungsquote. Einen Sonderfall stellen die Roma dar, die – obwohl sie seit mehreren Jahrhunderten in Europa leben – ein besonders hohes Ausschlussrisiko tragen. Gerade in Mittel- und Osteuropa werden sie mit erheblichen Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert, während ihre Perspektiven in Spanien etwas günstiger einzuschätzen sind. Auffällig ist, dass der ökonomische Status der jeweiligen Minderheit nicht unbedingt für alle Generationen gleichermaßen Geltung hat.

Das IZA-Gutachten identifiziert und bewertet die bestehenden Herausforderungen und gesicherten Fakten zum Status ethnischer Minderheiten in der Europäischen Union und analysiert unter Verwendung moderner ökonometrischer Methoden die Nachteile, die Minderheiten durch eine negative Einstellung der einheimischen Bevölkerung ihnen gegenüber entstehen. Negative Haltungen der ethnischen Mehrheitsgesellschaft eines Landes werden allgemein als Hauptquelle für die Nachteile ethnischer Minderheiten angesehen. Die Studie wertet

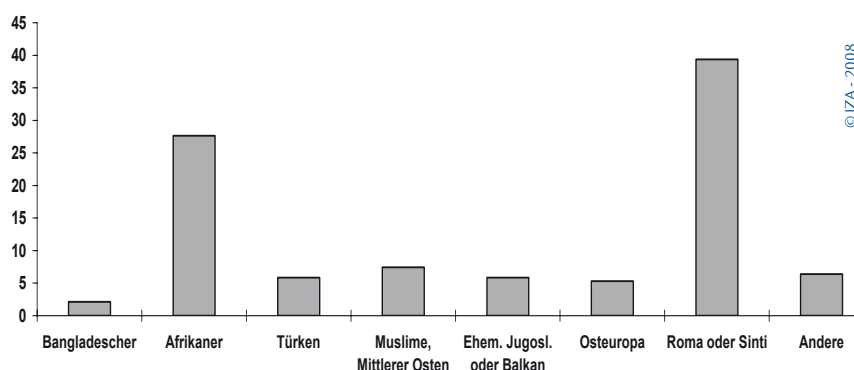
Anteil diskriminierter Gruppen in % der Gesamtbevölkerung (Selbstwahrnehmung)



Anmerkungen: Daten stammen aus dem ESS-Datensatz, 2004. Die vertikale Achse zeigt den Prozentsatz der Befragten in der Gesamtbevölkerung, die auf die Frage „Würden Sie sich selbst als Mitglied einer Gruppe bezeichnen, die in diesem Land diskriminiert wird?“ positiv antworteten. Nur Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe, Nationalität, Religion, Sprache oder ethnischer Zugehörigkeit wurde berücksichtigt.

Quelle: IZA Research Report No. 16

Minderheiten mit dem größten Diskriminierungsrisiko



Quelle: IZA Research Report No. 16

Maß für Erfolg oder Misserfolg von Integrationsmaßnahmen ist. Während hierbei Kriterien von Effizienz und Effektivität einen hohen Stellenwert einnehmen, werden zugleich eine wirkungsvolle Kommunikation mit den am Integrationsprozess Beteiligten, Fairness und Akzeptanz der Integrationsmaßnahmen als Faktoren erachtet, die für den Erfolg einer Initiative maßgeblich sind.

Nachhaltigkeit von Integrationsinitiativen oberstes Gebot

Politische wie private Initiativen müssen von der gegebenen Situation und den Aussichten der jeweiligen Gruppen im betreffenden Land abhängig gemacht werden. Die in der Studie entwickelte Politik-Matrix (Abbildung ▼) liefert eine Orientierungshilfe für die Priorisierung und Kalibrierung der Integrationsbemühungen. Der Grundtenor der für diesen Bericht angestellten Länder- und Fallstudien ist, dass das Risikoniveau und die Entwicklungstrends innerhalb einer ethnischen Gruppe je nach Land und auch innerhalb eines Landes über die ethnischen Gruppen hinweg stark variieren. Deshalb sind vereinfachende Schlussfolgerungen irreführend. Über quantitative Einblicke in Initiativen der Staaten, der Nicht-Regierungsorganisationen und der Unternehmen hinaus liefert die Untersuchung auch qualitative

Daten der European Social Surveys (ESS) aus, um das Ausmaß der von den betroffenen Personen selbst angegebenen Diskriminierung zu ermitteln. Dieses empfundene Maß an Benachteiligung ist am höchsten in Estland, Großbritannien und Griechenland, am niedrigsten hingegen in Polen, Finnland und Irland (Abbildung S. 9 ◀).

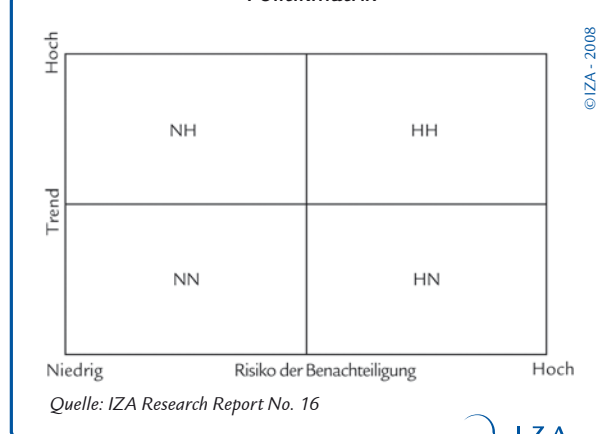
Verbesserung der Arbeitsmarktintegration ist die zentrale Stellschraube

Weitere Informationen liefern die Daten der IZA-Expertenbefragung, die in allen 27 EU-Staaten durchgeführt worden ist und für diese Studie erstmals ausgewertet werden konnte. Europaweit wurden darüber hinaus 22 ausgewählte Integrationsinitiativen einer kritischen Bewertung unterzogen. Auf dieser Grundlage entwickelt der Bericht im Anschluss eine Politik-Matrix zur Beurteilung gesellschaftlicher Entwicklungen und politischer Handlungsoptionen. Die Schlussfolgerungen für die Politik behandeln mögliche Strategien für die Überwindung der Barrieren, mit welchen ethnische Minderheiten auf dem europäischen Arbeitsmarkt auch noch im Jahr 2007 konfrontiert sind und richten sich an Privatunternehmen, Nichtregierungsorganisationen und die Regierungen der EU-Staaten. Mit Hilfe der Regressionsanalyse wurden die kausalen Auswirkungen demographischer, sozialer, politischer und wirtschaftlicher Faktoren für die jeweilige Einstellung der ethnischen Mehrheit ermittelt. Zieht man die wirtschaftlichen und demographischen Einflussfaktoren heran, so findet sich der größte Anteil derjenigen Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft mit eher ablehnenden Einstellungen gegenüber ethnischen Minderheiten unter Arbeitslosen und „entmutigten“ Arbeitnehmern, aber auch unter Rentnern, chronisch Kranken und Behinderten. Gleichzeitig bringen Jüngere und besser Ausgebildete eine positivere Einstellung gegenüber den ethnischen Minderheiten auf. Im Allgemeinen sind Vertreter ethnischer Minderheitsgruppen gegenüber Individuen anderer ethnischer Gruppen aufgeschlossener eingestellt.

Die IZA-Expertenbefragung wurde mit dem Ziel durchgeführt, von wichtigen Interessenvertretern ethnischer Minderheiten ihre jeweilige Wahrnehmung zu erfragen und auswerten zu können. Die Arbeitsmarktsituation ethnischer Minderheiten in Europa wird von den Befragten als problematisch und sich zunehmend verschlechternd beschrieben – ein alarmierender Befund. Roma und Afrikaner werden besonders häufig als diejenigen genannt, die vom größten ökonomischen Ausschlussrisiko betroffen sind (Abbildung ▲). Der Einstellung der breiten Öffentlichkeit wird eine starke, negative Auswirkung auf die Arbeitsmarktintegration zugeschrieben. Diskriminierung wird als das zentrale Integrationshemmnis wahrgenommen. Als weitere signifikante Integrationsbarrieren werden Sprach- und Bildungsdefizite, interne und institutionelle Faktoren angeführt. Veränderungen zum Positiven versprechen sich die befragten Experten von entsprechenden Maßnahmen auf Ebene der nationalen Regierungen und Kommunalverwaltungen, sofern sie dabei dem Grundsatz der Gleichbehandlung anstelle einer Sonderbehandlung folgen würden.

Gleichwohl weisen die Ergebnisse der IZA-Expertenbefragung darauf hin, dass die Integrationsarbeit überwiegend von Nichtregierungsorganisationen und öffentlichen Einrichtungen geleistet wird. Als besonders nachteilig erweist sich in diesem Zusammenhang das defizitäre Angebot von Integrationsinitiativen auf der Unternehmensebene, denn naturgemäß muss den Arbeitgebern ein hoher Einfluss auf die ökonomischen Integrationschancen ethnischer Minderheiten zugeschrieben werden. Die Experten geben außerdem an, dass eine Verbesserung der Arbeitsmarktintegration ethnischer Minderheiten aus ihrer Sicht das wichtigste

Politikmatrix



Quelle: IZA Research Report No. 16

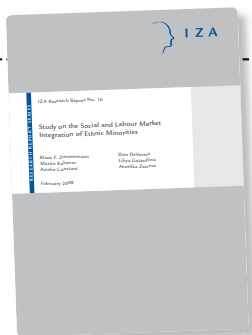
Erkenntnisse und hebt innovative Ansätze einer „good practice“ in Form von Interviews mit Verantwortlichen und Partnerorganisationen dieser Initiativen hervor. Eine ganze Reihe allgemein gültiger Grundsätze wird dabei deutlich: Fairness und Respekt gegenüber allen Beteiligten und transparente Regelungen ermöglichen den Aufbau von Vertrauen, fördern soziale Beziehungen und die Verbreitung einer positiven Wahrnehmung, die wiederum erst Integration und ökonomische Eingliederung von ethnischen Minderheiten erfolgreich gelingen lässt. Freiwillige Beteiligung bei zugleich strengen und transparenten Auswahlkriterien ist wichtig, um die Motivation der Zielgruppe der jeweiligen Maßnahme zu sichern und ein positives

Image der Initiativen in der Minderheits- wie Mehrheitsbevölkerung zu erreichen. Eine Strategie der Gleichberechtigung ist nötig, um Konflikte und Ressentiments abzubauen, die Unterstützung seitens der Mehrheitsbevölkerung nachhaltig zu fördern und die Stigmatisierung von Minderheiten zu verringern. Die Kooperation zwischen privaten und staatlichen Einrichtungen und Nichtregierungsorganisationen schafft eine funktionierende Beziehung und ist besonders bei erheblich isolierten Minderheiten

notwendig. Die Kooperation zwischen privaten und staatlichen Einrichtungen und Nichtregierungsorganisationen schafft eine funktionierende Beziehung und ist besonders bei erheblich isolierten Minderheiten notwendig. Die Nachhaltigkeit der Integrationsinitiativen bleibt eines der Hauptanliegen der Integration von Minderheiten in Europa. Ein entsprechend langfristiges Engagement dürfte eine der wichtigsten Determinanten einer erfolgreichen Integration sein.

Die Analysen zeigen, dass Initiativen zur Förderung der Eingliederung in den Ar-

beitsmarkt und der sozialen Integration ethnischer Minderheiten sehr wohl wirken können. Eine erfolgreiche Maßnahme berücksichtigt die spezifische Situation der jeweiligen ethnischen Minderheit und findet die richtige Mischung aus aufeinander abgestimmten allgemeinen und gezielten Integrationsmaßnahmen. Allgemeine Integrationsinitiativen sind notwendig, um eine institutionelle und soziale Umgebung zu schaffen, die Diskriminierung unterbindet und den Boden für gezielte Integrationsmaßnahmen bereitet. Allen Maßnahmen muss ein ausreichender Zeithorizont zugestanden werden. Sie müssen beständig und zugleich flexibel genug gestaltet sein, um Änderungen Rechnung tragen und ihre Wirkung entfalten zu können. Dies gilt umso mehr, als interkulturelle Befindlichkeiten, Wahrnehmungen und Einstellungen, von denen die erfolgreiche soziale und ökonomische Integration ethnischer Minderheiten letztlich abhängig ist, nicht binnen kurzer Zeit, sondern nur im Verlauf eines kontinuierlichen Prozesses verändert werden können.



Klaus F. Zimmermann
Martin Kahanec
Amelie Constant

Don J. DeVoretz
Liliya Gataullina
Anzelika Zaiceva

Study on the Social and Labour Market Integration of Ethnic Minorities

IZA Research Report No. 16

► <http://www.iza.org/files/IZA16.pdf>

Erfolgreiche Abschlusskonferenz: Perspektiven der Integration ethnischer Minderheiten in Europa



Mohácsi, Zimmermann, Špidla, Quraishy, Scalfani, Süßmuth, Moraes

IZA-Experten und Mitglieder der von der EU eingesetzten „High Level Advisory Group of Experts on the Social Integration of Ethnic Minorities and their Full Integration in the Labour Market“ kamen am 3. und 4. Dezember 2007 in Brüssel mit Vertretern verschiedener Minderheitengruppen zusammen. Anlass des Treffens zum Thema „Social and Labor Market Integration of Ethnic Minorities in the European Union: Challenges and Prospects“ war die Vorstellung des Abschlussberichts der Beratergruppe.

Die mit Unterstützung des IZA organisierte Konferenz wurde von EU-Kommissar

Vladimír Špidla und der Präsidentin der High Level Group, Rita Süßmuth, eröffnet. Beide betonten die zentrale Rolle einer verbes-

serten Arbeitsmarktintegration und sozialen Einbindung ethnischer Minderheiten in Europa für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Wohlfahrt der EU-Staaten. IZA-Direktor Klaus F. Zimmermann diskutierte im Anschluss unter anderem mit Špidla, Süßmuth, den Europa-Parlamentariern Claude Moraes, Viktória Mohácsi und Livia Járóka sowie Bashy Quraishy (High Level Group) die wichtigsten Herausforderungen bei der Integration von Minderheiten in Wirtschaft und Gesellschaft. Er unterstrich in diesem Zusammenhang auch die Bedeutung der wissenschaftlichen Evaluation von Integrationspolitik und die Notwendigkeit einer gezielteren Datenerfassung, um eine adäquate wissenschaftliche Analyse zu ermöglichen.

Vertreter von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) berichteten über alltagspraktische Erfahrungen hinsichtlich der sozialen und wirtschaftlichen Integration von ethni-



Ethnic Minorities in the Labour Market: An Urgent Call for Better Social Inclusion

Report of the High Level Advisory Group of Experts on the Social Integration of Ethnic Minorities and their Full Participation in the Labour Market

► http://ec.europa.eu/employment_social/fundamental_rights/pdf/hlg/etmin_en.pdf

Social and Labour Market Integration of Ethnic Minorities in the European Union: Challenges and Prospects

Monday, December 03

Opening of the conference

Vladimír Špidla (European Commissioner for Employment, Social Affairs and Equal Opportunities)
Rita Süssmuth (President of the High Level Advisory Group of Experts)

Moderated Panel

The inclusion of ethnic minorities - a challenge for Europe

Moderation: Robin Sclafani (Director CEJI)
Vladimír Špidla
Rita Süssmuth
Claude Moraes (MEP)
Viktoria Mohácsi (MEP), Livia Járóka (MEP)
Bashy Quraishy, Lee Jasper (Members of the HLG)
Klaus F. Zimmermann (Director IZA)

Presentation of the report of the ENAR ad-hoc expert group

Report of the ENAR ad-hoc expert group on social and economic inclusion of disadvantaged ethnic and religious minorities

Pascale Charhon (ENAR) and Michelynne Lafèche (Runnymede Trust)

Panel

Public Policy

Chair: Madi Sharma (EESC)
Ilze Brands Kehris, Istvan Serto-Radics (Members of the HLG)
Jozef de Witte (Belgian Center for Equal Opportunities and Opposition to Racism)
John Wrench (FRA)
Chris Burston (Department for Work and Pensions)
Medardus Huemer (Bavarian Ministry of Employment, Social Affairs, Families and Women)

Tuesday, December 04

Keynote Speech

"The future of diversity management - a global perspective"

Douglas Freeman (Virtcom Consulting)

Panel

Businesses and Good Practice

Chair: Douglas Freeman (Virtcom Consulting)
Tarja Summa (Member of the HLG)
Olajobi Makinwa (UN Global Compact)
Elmar Brok (MEP)(Bertelsmann AG)
Andrea Ferenczi (Association for Women's Career Development in Hungary)
Elena Brandalise (Migrationsrat Berlin Brandenburg)
Ralf Drachenberg (UEAPME)

Panel

Inclusion of Roma - Lessons to be learned

Chair: Ivan Ivanov (ERIO)
Andrzej Mirga, José Fresno, Jarmila Balázová (Members of the HLG)
André Wilkens (Open Society Institute)
Valeriu Nicolae (ERGO)

Closing

Belinda Pyke, European Commission, Director for Equal Opportunities (DG EMPL/G)

► www.iza.org/link/ethmin

schen und religiösen Minderheiten innerhalb der EU. Die wichtige Rolle von NGOs bei der zukünftigen Gestaltung und Implementierung von Integrationsinitiativen war dabei ebenso Gesprächsthema.

Der zweite Tag der Konferenz wurde von Douglas Freeman (Virtcom Consulting) eröffnet. Er stellte aus einer globalen Perspektive dar, wie auf Unternehmens- und Management-Ebene mit einer zunehmenden ethnischen Vielfalt, sowohl im Arbeitsangebot als auch in der Kundenstruktur, umgegangen werden müsse. Er betonte die Notwendigkeit von hierauf Rücksicht nehmenden Managementansätzen, mit deren Hilfe die Möglichkeiten und Herausforderungen des Trends zu mehr ethnischer Diversität systematisch zum Wohle der Unternehmen genutzt werden könnten. Eine hieran thematisch anknüpfende Diskussionsrunde behandelte die generelle Herangehensweise von Unternehmen bei der Integration von Minderheiten. Unter anderem wurde diskutiert, auf welche Weise das Potenzial, das in einer höheren ethnischen Vielfalt liegt, von Unternehmen gezielt erschlossen werden kann und wie die Belegschaften erforderlichenfalls zu besonderer Aufgeschlossenheit gegenüber spezifischen Integrationsmaßnahmen zu bewegen seien. Als ausschlaggebend für die Nachhaltigkeit des Erfolgs integrationsfördernder Initiativen wurde ein abgestimmtes Vorgehen von Unternehmen, NGOs und Politik erachtet.

Im letzten Teil der Konferenz stand der Integrationsprozess der Roma im Mittelpunkt. Anhand der hier in besonderer Weise auftretenden Schwierigkeiten, aber auch Erfolge von Integrationsbemühungen wurden sowohl Irrwege als auch Determinanten erfolgreicher Integration identifiziert. Hier gelte es, neben gezielten Arbeitsmarktmaßnahmen auch eine systematische Einbindung der Zivilgesellschaft in den Integrationsprozess anzustreben, ohne die ein nachhaltiger Rückgang der immer noch verbreiteten ablehnenden Haltungen gegenüber den Roma kaum möglich sein werde. Die Leiterin der Direktion „Gleichstellung von Frauen und Männern, Bekämpfung von Diskriminierungen, Zivilgesellschaft“ der Europäischen Kommission, Belinda Pyke, betonte zum Abschluss der Konferenz nicht zuletzt auch die Wichtigkeit weiterer Forschungsarbeiten auf

diesem Gebiet, um der Politik eine Orientierung für erfolgversprechende Integrationsmaßnahmen zu liefern. Die Aufgabe einer umfassenden sozialen und ökonomischen Integration ethnischer Minderheiten müsse auf der Agenda der EU-Staaten weit nach oben rücken.

Präsentation der Forschungsergebnisse in Berlin

Gemeinsam mit Rita Süssmuth, Amelie Constant und Martin Kahanec stellte Klaus F. Zimmermann die Forschungsergebnisse des IZA am 12. März 2008 in Berlin vor. Nach einer thematischen Einführung durch IZA-Wissenschaftler Martin Kahanec und der Präsentation der Empfehlungen der EU-Expertengruppe durch Rita Süssmuth standen die politischen Handlungsnotwendigkeiten im Mittelpunkt der Diskussion.



IZA-Studie: Geographische Mobilität innerhalb der EU fördern

Die Mobilitätsraten sind in der Europäischen Union sowohl innerhalb als auch zwischen den Staaten bislang relativ gering. Das Paradoxon von Fachkräftemangel in vielen Regionen bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit in anderen Regionen der Gemeinschaft ist wesentlich auf den Faktor Immobilität zurückzuführen. Maßnahmen zur Förderung von geographischer Mobilität sind deshalb von erheblicher Bedeutung im Hinblick auf die Europäische Beschäftigungsstrategie und den Lissabon-Prozess. Das IZA hat im Rahmen eines Forschungsauftrags der Europäischen Kommission gemeinsam mit NIRAS Consultants aus Dänemark und dem Swedish National Labor Market Board eine Studie zu den Wirkungsfaktoren räumlicher Mobilität innerhalb Europas erstellt.

Gegenwärtige Dimension der räumlichen Mobilität in der EU

Die durchschnittlichen grenzüberschreitenden Mobilitätsraten innerhalb der EU-15 und von den EU-15 in die neuen Mitgliedsstaaten liegen in etwa gleichauf. In den neuen Mitgliedstaaten steigen die Mobilitätsraten aus den EU-15 im Gegensatz zu den relativ stabilen Raten innerhalb der EU-15 jedoch derzeit noch an. Während die grenzüberschreitenden Mobilitätsraten in der EU relativ gering geblieben sind, ist die Mobilität zwischen Regionen einzelner Länder wesentlich bedeutender, im Vergleich zu anderen Regionen der Welt, wie z.B. den USA oder Australien, aber weiterhin sehr gering. Der Anteil der Bevölkerung, der wenigstens einmal im Leben umgezogen ist, liegt im Durchschnitt der EU-25 bei 67 Prozent. Schließt man davon jedoch lokal begrenzte Umzüge aus, dann liegt die Mobilitätsrate im Schnitt bei rund 16%, wovon etwa 4 Prozentpunkte auf geographische Mobilität zwischen europäischen Ländern und rund 3 Prozentpunkte auf Umzüge in Staaten außerhalb der EU entfallen. Die Studie bestätigt, dass geographische und berufliche Mobilität positiv miteinander zusammenhängen. Häufigere Wechsel des Arbeitsplatzes stehen in Verbindung mit häufigeren Umzügen und umgekehrt. Bei der Analyse von Mobilitätsabsichten in der nahen Zukunft ergibt sich folgendes Bild: Einige Länder, wie z.B. Österreich, die Tschechische Republik, Deutschland und Portugal, erzielen hier ungeachtet der Mobilitätsart auffallend niedrige Werte. Andererseits tun sich fünf Länder mit besonders hoher Mobilität hervor: Schweden, Vereinigtes Königreich, Estland, Finnland und Frankreich.

Derzeit sind die Ungleichgewichte zwischen den Arbeitslosenquoten und den Reallöh-

nen in der EU-27 enorm. Eine gesteigerte geographische Mobilität kann zu einer besseren Balance von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage in der EU führen und helfen, das Gefälle zwischen den Reallöhnen in den Mitgliedsstaaten zu überwinden. Geographische Mobilität kann sich somit zum Vorteil sowohl der Herkunfts- als auch der Zielländer auswirken. Positive externe Effekte resultieren hauptsächlich aus günstigen Wachstumseffekten, die mit der Freizügigkeit von qualifizierten Erwerbspersonen und der daraus resultierenden Verringerung von Arbeitsmarktungleichgewichten, einer besseren Übereinstimmung der angebotenen und nachgefragten Fähigkeiten in einem integrierten Arbeitsmarkt, höheren Investitionen in Bildung, einem höheren Innovationsniveau und mehr selbständiger Erwerbstätigkeit verknüpft sind.

Zentrale Antriebskräfte und Schlüsselhürden der Mobilität

Die Studie dokumentiert eine große Bandbreite an möglichen Motivationen für die Mobilitätsentscheidung. Beschäftigungsbezogene Faktoren wie ein höheres Einkommen und bessere Arbeitsbedingungen spielen eine große Rolle. Ebenso nehmen familien- und netzwerkbezogene Faktoren sowie die Wohn- und örtlichen Umweltbedingungen Einfluss auf die Migrationsentscheidung. Dagegen findet die Annahme, Migration werde hauptsächlich durch den Zugang zu Wohlfahrtszahlungen oder besseren öffentlichen Dienstleistungen ausgelöst, explizit keine Bestätigung. Das begrenzte Niveau räumlicher Mobilität innerhalb der EU ist maßgeblich auf sprachliche und kulturelle Barrieren zurückzuführen. Auch das Fortbestehen von unterschiedlichen nationalen Organisationsformen der Arbeits- und Wohnungsmärkte, des Sozialstaats und der Steuersysteme ist als Hemmnis für eine größere EU-Binnenmobilität anzusehen.

Empfehlungen an die Politik

Die EU-Mitgliedsstaaten sollten gezielte Maßnahmen ergreifen, um die institutio-

nellen Voraussetzungen für Mobilität auf dem Arbeitsmarkt zu stärken. So kann etwa bei der Implementierung von Flexicurity-Prinzipien der Aspekt der Förderung von Mobilität angemessen berücksichtigt werden. Auch finanzielle Anreize für Mobilität sollten erwogen werden. Von erheblicher Bedeutung wäre die Entwicklung einer mobilitätsfreundlichen Bildungspolitik, die die Transparenz und grenzüberschreitende Akzeptanz von Bildungsabschlüssen weiter vorantreibt, erweiterte Möglichkeiten zum Fremdspracherwerb auf allen Ebenen schafft und bestehende europäische Austauschprogramme wie Erasmus, Leonardo und Grundtvig gezielt ausbaut.

Der Schaffung effektiver Informations- und Vermittlungsnetzwerke auf den europäischen Arbeitsmärkten dürfte letztlich eine Schlüsselrolle zukommen. Ausbau und Verbesserung von EURES und Europass erscheinen hier vordringlich. Von erheblicher Bedeutung wird ferner eine verbesserte Integration von Zuwanderern und die Erleichterung ihrer Binnenmigration im Sinne einer Mobilitätsreserve sein. Schlussendlich gilt es die Mobilitätshemmnisse zu überwinden, die aus der Vielzahl der nationalen Sozialstaats- und Qualifikationssysteme stammen. Ungeachtet der hier bereits erreichten Fortschritte sollte die Europäische Kommission konsequent auf den Abbau verbleibender Hindernisse im Bereich der Koordinierung der nationalen Sozialstaatssysteme hinwirken, beispielsweise in Bezug auf die Übertragbarkeit von Zusatzrentenansprüchen. Die Verbesserung der Transparenz von Qualifikationen erscheint ebenso überfällig wie die Beseitigung von Mobilitätsbarrieren für Angehörige der freien Berufe. Auch wenn die Mobilitätseffekte solcher und weiterer Maßnahmen angesichts der verkrusteten Immobilitätsstrukturen, aber auch der zunehmenden Technologisierung, durch die Mobilität partiell ersetzt werden kann, insgesamt nur gering ausfallen und erst auf mittlere Sicht größere Wirkung entfalten dürften, wäre die EU gut beraten, sich auf die bevorstehenden Herausforderungen im Umfeld des demographischen Wandels auch durch ein mobilitätsfreundliches Arbeits- und Lebensumfeld vorzubereiten.



Holger Bonin (IZA)
Werner Eichhorst (IZA)
Christer Florman (AMS)
Mette Okkels Hansen (NIRAS)
Lena Skiöld (AMS)

Jan Stuhler (IZA)
Konstantinos Tatsiramos (IZA)
Henrik Thomasen (NIRAS)
Klaus F. Zimmermann (IZA)

**Geographic Mobility in the European Union:
Optimising its Economic and Social Benefits**

IZA Research Report No. 19

► <http://www.iza.org/files/IZA19.pdf>

Neues IZA-Netzwerk zur Erforschung von Kinderarbeit

Kinderarbeit ist ein weit verbreitetes Phänomen. Weltweit gibt es mehr als 190 Millionen Kinder unter 15 Jahren, die regelmäßig arbeiten müssen. Teils werden sie früh in Familienbetriebe integriert oder müssen unter unzumutbaren Bedingungen einen Beitrag zur Existenzsicherung ihrer Familien leisten. Wissenschaft und Politik haben diesem Thema in den letzten Jahren zwar verstärkte Aufmerksamkeit zugewendet, dabei jedoch kaum miteinander kooperiert. Eine allgemein akzeptierte Definition von Kinderarbeit existiert bislang ebenso wenig wie eine systematische Evaluation politischen Handelns auf diesem Gebiet.

Das im vergangenen Jahr gegründete IZA Child LaborNetwork (CLN) hat sich zum Ziel gesetzt, eine Brücke zwischen beiden Seiten zu errichten und der Politik als Ratgeber zur Seite zu treten. Die Mitglieder des von IZA Research Fellow *Eric V. Edmonds* (Dartmouth College, NBER) koordinierten Netzwerks engagieren sich gegenwärtig in verschiedenen Projekten, in deren Fokus die Erarbeitung einer angemessenen Definition von Kinderarbeit und die Analyse ihrer Ursachen stehen. Des Weiteren stehen die Erforschung der Korrelation von Armut und Kinderarbeit, des Einflusses von Kinderarbeit auf Gesundheit, Bildung und den weiteren beruflichen Werdegang der Kinder sowie die Evaluierung von konkreten politischen Maßnahmen im Zentrum der Aktivitäten des Netzwerks.

Ein erster Workshop zu „Child Labor in Developing Countries“ fand bereits im Juni 2007 statt und lieferte einen Überblick über aktuelle Forschungsaktivitäten zum Problemfeld der Kinderarbeit. *Gianna C. Giannelli* (University of Florence und IZA) beschäftigte sich mit der Frage einer möglichen Verbesserung der sozioökonomischen Situation von Frauen und Kindern durch Initiativen zur Stärkung von Frauenrechten und einer verbesserten Arbeitsmarktteilnahme in Entwicklungsländern. Sind die Arbeitsmarktbedingungen für Frauen schlecht, erhöht dies den Forschungen zufolge die Wahrscheinlichkeit

für Kinderarbeit, da das von der Mutter zusätzlich erwirtschaftete Einkommen nicht ausreicht und die Kinder ebenfalls arbeiten müssen.

Gabriel Gonzalez-König (El Colegio de la Frontera Norte) untersuchte die Einschulungsrate von Kindern in Entwicklungsländern und deren Beeinflussung durch finanzielle Unterstützungen von Emigranten. In urbanen Räumen nehmen zunehmende Finanztransfers keinen signifikanten Einfluss auf die Anzahl der Einschulungen von Jungen und Mädchen, in ländlichen Räumen hingegen ist ein signifikanter Einfluss auf die Einschulungsrate von Mädchen festzustellen. Eine finanzielle Förderung aus dem Ausland gibt demnach entscheidende Impulse für eine Gruppe, die andernfalls am ehesten Gefahr läuft, keinen Zugang zu adäquater Bildung zu erhalten.

Eine von *Furio Camillo Rosati* (University of Rome Tor Vergata und IZA) präsentierte Studie analysiert politische Maßnahmen zur Verbesserung der Schulqualität in Mexiko. Im Zentrum stand die Frage, ob eine Steigerung der Bildungsqualität die Anwesenheit von Kindern in der Schule fördert und damit zum Schutz vor Kinderarbeit führt. Ihre Ergebnisse zeigen, dass aus höherer Bildungsqualität in der Tat eine engere Bindung von Kindern an die Schulen folgt. Mit zunehmender Qualität der Bildung wächst zugleich die Bereitschaft der Eltern, ihren Kindern besseren Zugang zur Bildung zu ermöglichen, da sie die damit verbundenen Vorteile antizipieren.

Ayal Kimhi (Hebrew University) untersuchte Landreformen in Schwellenländern und ihre Auswirkungen auf Kinderarbeit in ländlichen Regionen. Da mit zunehmendem Grundbesitz zugleich auch der Bedarf an Kinderarbeit (vor allem der Söhne) wächst, vernachlässigen viele ärmere Familien die Weiterbildung ihrer männlichen Nachkommen. Kurzfristige ökonomische Motive dominieren nur allzu oft Nachhaltigkeitsüberlegungen. Landre-

formen haben in dieser Perspektive die unerwünschte Konsequenz, soziale Ungleichheiten zu verstärken.

Einen bisher undokumentierten Effekt von politischen Maßnahmen zur Bekämpfung von Drogenanbau auf das Ausmaß von Kinderarbeit untersuchte *Ana C. Dammert* (McMaster University und IZA) anhand von südamerikanischen Daten. Sie konnte zeigen, dass mit der Antidrogenanbau-Politik oft eine Abnahme der ländlichen Wohlfahrt einhergeht, als deren Folge sich anschließend ein Anstieg der Kinderarbeit in und außerhalb der Haushalte einstellt.

Die Folgen von Naturkatastrophen für Kinder in Entwicklungsländern studierte *Javier Baez* (Syracuse University) am Beispiel des Hurrikans Mitch, der 1998 Nicaragua heimsuchte. Er wies nach, dass Kinder in den vom Hurrikan betroffenen Regionen im Krankheitsfall mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit medizinischen Untersuchungen unterzogen wurden als Kinder in nicht betroffenen Regionen. Gleichzeitig verdoppelte sich der Anteil an Kindern, die neben dem Besuch der Schule arbeiten (müssen). Offenkundig sind in armen Ländern Kinder von Naturkatastrophen und vergleichbaren externen Schocks am stärksten betroffen und Zukunftspotenziale damit stark gefährdet.

Eric V. Edmonds fasste zum Abschluss des Workshops die politischen Implikationen der dargestellten Sachverhalte zusammen, skizzierte den Forschungsplan des IZA-Netzwerkes und plädierte für einen stärkeren Austausch von Politik und Wissenschaft auf diesem Gebiet. Das IZA Child Labor Network wird die Erforschung von Kinderarbeit systematisch vorantreiben. Weitere Informationen finden sich unter: www.iza.org/child_labor



Eric V. Edmonds

IZA-Direktor berät Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen

Klaus F. Zimmermann Mitglied der „Zukunftskommission NRW“

Im Mai 2008 hat die vom Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, *Jürgen Rüttgers*, eingesetzte „Zukunftskommission“ ihre Arbeit aufgenommen. IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* zählt zu den 23 Repräsentanten des gesellschaftlichen Lebens, die in dieses hochrangige Gremium berufen worden

sind. Als unabhängige Instanz wird die Zukunftskommission die Landesregierung künftig perspektivisch zu Bildungs-, Forschungs-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik beraten und dabei ein besonderes Augenmerk auf Fragen der Solidarität in einer älter werdenden Gesellschaft richten. Eine der ersten

Aufgaben der Experten wird es sein, einen Bericht „Nordrhein-Westfalen 2025 – Innovation, Beschäftigung, Lebensqualität“ mit entsprechenden Empfehlungen zu erarbeiten. Zimmermann koordiniert die Aktivitäten der Zukunftskommission zum Themengebiet „Wirtschaft und Arbeit“.

Markus Frölich neuer IZA-Programmdirektor

IZA Research Fellow *Markus Frölich* (Universität Mannheim) ist neuer Programmdirektor für den IZA-Forschungsschwerpunkt „Beschäftigung und Entwicklung“. Er tritt an die Seite von *Robert Holzmann* (Weltbank) und folgt in dieser Funktion *Klaus F. Zimmermann* nach, der dieses von Weltbank und IZA gemeinsam entwickelte Forschungsprogramm zunächst zusammen mit Holzmann geleitet hatte. Markus Frölich ist seit 2008 ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Ökonometrie, an der Universität Mannheim. Zuvor war er Lehrbeauftragter an der Universität St. Gallen, wo er im Oktober 2002

mit einer Arbeit zur Evaluationsforschung promoviert worden war. Von September 2004 bis September 2005 war Frölich als Marie Curie Fellow am University College London tätig. Zu den zentralen Forschungsinteressen des neuen IZA-Programmdirektors zählen neben der Entwicklungsökonomie auch Evaluation und Bildungsökonomie. „Markus Frölich ist ein junger, dynamischer Wissenschaftler, der schon seit einigen Jahren eng mit dem IZA kooperiert und diesen wichtigen Forschungsbereich nun gemeinsam mit Robert Holzmann und der Weltbank systematisch weiterentwickeln wird“, sagte Zimmermann.



Markus Frölich

IWF beruft IZA Fellow Olivier Blanchard zum Chefvolkswirt

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat IZA Research Fellow *Olivier Blanchard* mit Wirkung zum 1. September 2008 zum Chefvolkswirt ernannt. Blanchard, der am renommierten Massachusetts Institute of Technology lehrt, kooperiert seit März 2001 mit dem IZA. *Klaus F. Zimmermann* begrüßte die

Berufung Blanchards als „hervorragende Wahl für dieses bedeutende Amt. Mit seiner Erfahrung und wissenschaftlichen Exzellenz bringt er ideale Voraussetzungen mit, um die Brücke von der Forschung zur politischen Praxis zu schlagen.“



Olivier Blanchard

IZA-Chef als Vorsitzender der ARGE-Institute bestätigt

Die Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V. (ARGE) hat IZA-Direktor *Klaus F. Zimmermann* auf ihrer Mitgliederversammlung am 17. April 2008 für weitere drei Jahre als Vorsitzenden bestätigt. Als stellvertretende Vorsitzende wurden die IZA Fellows *Thomas Straub-*

haar und *Johann Eekhoff* sowie die Ökonomen *Ulrich Blum*, *Wolfgang Franz* und *Hans-Werner Sinn* wiedergewählt. In der seit 1949 bestehenden ARGE sind derzeit neben den von Klaus F. Zimmermann geleiteten Instituten IZA und DIW Berlin weitere 28 Institutionen vertreten.



Klaus F. Zimmermann

Zimmermann Senior Editor von Applied Economics Quarterly

Seit Januar 2008 ist *Klaus F. Zimmermann* als Senior Editor der renommierten internationalen Fachzeitschrift *Applied Economics Quarterly* tätig. Die Zeit-

schrift publiziert aktuelle Befunde der empirischen Wirtschaftsforschung mit besonderer Relevanz für die nationale und europäische Wirtschaftspolitik.



Regina T. Riphahn

IZA Fellow Regina Riphahn in den Wissenschaftsrat berufen

IZA Research Fellow *Regina T. Riphahn* ist zum 1. Februar 2008 in den deutschen Wissenschaftsrat berufen worden. Regina Riphahn ist bereits seit 1999 Fellow des IZA. Nach ihrer Habilitation bei IZA-Chef *Klaus F. Zimmermann* (1999) war sie zunächst als Wirtschaftsprofessorin an den Universitäten Mainz und Basel tätig, bevor sie 2005 als Professorin für Statistik und empirische Wirtschaftsforschung an die Universität Erlangen-Nürnberg wechselte. Als Forschungsprofessorin ist sie zugleich auch mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW

Berlin) verbunden. Neben ihrer neuen Aufgabe im Wissenschaftsrat gehört sie unter anderem dem wissenschaftlichen Beirat des Bundesministeriums für Wirtschaft an. Zimmermann zur Berufung Riphahns in den Wissenschaftsrat: „Eine bessere Wahl hätte gar nicht getroffen werden können. Regina Riphahn ist eine der vielversprechendsten und fachkundigsten jungen Wirtschaftswissenschaftlerinnen in Deutschland, der diese Auszeichnung völlig zu Recht zuteil wird.“



Arthur van Soest

Visiting Research Fellows: Deborah Cobb-Clark und Arthur van Soest

Zu Jahresbeginn 2008 begrüßte das IZA mit *Deborah Cobb-Clark* (Australian National University) und *Arthur van Soest* (Tilburg University) zwei neue Visiting Research Fellows. Cobb-Clark studiert während ihres noch bis Jahresende dauernden Forschungsaufenthalts unter anderem Wohlstandunterschie-

de zwischen Immigranten und Inländern sowie die Auswirkungen von politischen Maßnahmen auf individuelle Lebenslagen von Zuwanderern und Jugendlichen. Van Soest war bis Mai am IZA tätig und hat Ruhestandspräferenzen sowie das ökonomische Wohlergehen der älteren Generation untersucht.



Deborah Cobb-Clark

Verstärkung für das IZA-Wissenschaftlerteam

Seit Juli 2007 verstärken **Erin L. Krupka** und **Douglas J. Krupka** das Team der IZA-Wissenschaftler. Erin Krupka studierte am Wheaton College und schloss danach ihr Studium als „Master of Public Policy“ an der University of Chicago ab. Promoviert wurde sie 2007 in Verhaltens- und Entscheidungsforschung an der Carnegie Mellon University in Pittsburgh. In ihren Arbeiten untersucht Erin Krupka auf der Grundlage von Feld- und Laborexperimenten, wie das menschliche Verhalten durch die Umwelt und soziale Faktoren beeinflusst wird. Zu ihren aktuellen Forschungsschwerpunkten zählen soziale Normen und intertemporale Entscheidungen. Douglas Krupka hat ein besonders breites Studienspektrum absolviert. Nach einem Bachelor in Geschichts- und Musikwissenschaften schloss er seinen Master an der University of Chicago School of Public Policy ab und promovierte dort 2004 über „Location-Specific Human Capital, Migration and Amenities“. Im Anschluss war er von 2004 bis 2007 als Assistant Professor an der Georgia State University tätig und gleichzeitig als Research Affiliate eng mit dem IZA-Netzwerk verbunden. Seit Juli 2007 ist er IZA Senior Research Associate mit vielfältigen Forschungsinteressen in der Arbeits-, Stadt- und regionalen Ökonomie.

Ein weiterer Neuzugang im IZA-Wissenschaftlerteam ist **Marco Caliendo**. Er wechselte im August 2007 vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) als Senior Research Associate ans IZA, wo er zugleich seine bereits im Frühjahr aufgenommene Tätigkeit des stell-

vertretenden Programmdirektors für den IZA-Forschungsschwerpunkt „Evaluation“ fortsetzt. Marco Caliendo studierte Volkswirtschaftslehre in Frankfurt und Manchester. Im Jahr 2005 wurde er an der Universität Frankfurt promoviert; seine Dissertation behandelte Fragen der mikroökonomischen Evaluation von Arbeitsmarktpolitik. Zu seinen Forschungsgebieten gehören neben der Evaluationsforschung die empirische Arbeitsmarktökonomie und angewandte Mikroökonomie.

Mutlu Yuksel promovierte nach dem Studium der Mathematik (Middle East Technical University) und Volkswirtschaftslehre (Bilkent University, University of Houston) im Mai 2007 an der University of Houston. Im August nahm er seine Arbeit als IZA Research Associate auf. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Arbeits- und Entwicklungsökonomie, aber auch in der Migrationsforschung, wo er unter anderem Fragen von Diskriminierung, Integration und Einbürgerung analysiert.

Arne Uhlenndorff studierte Volkswirtschaftslehre und Soziologie an den Universitäten Köln und Utrecht. Von November 2002 bis Juli 2007 war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) beschäftigt und promovierte in Volkswirtschaft an der Freien Universität Berlin. Seit August 2007 ist er als Research Associate am IZA tätig, nachdem er sich dem IZA-Netzwerk bereits im März 2004 als Research Affiliate angeschlossen hatte. Seine Forschungsinteressen

liegen auf den Gebieten Arbeitsökonomie und Migration, mit Schwerpunkten auf der Evaluation von Arbeitsmarktpolitik und der Dynamik von Beschäftigungsverhältnissen.

Steffen Altmann war seit März 2005 als Resident Research Affiliate am IZA tätig. Seit Oktober 2007 gehört er dem IZA-Wissenschaftlerteam als Research Associate an. Er studierte Volkswirtschaftslehre in Mannheim und Barcelona und schloss sein Studium 2003 mit dem Diplom ab. Seit Herbst 2003 ist er Doktorand an der Bonn Graduate School of Economics. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf dem Gebiet der Verhaltens- und Experimentellen Ökonomie sowie der Personalökonomie. Zu seinen aktuellen Forschungsprojekten zählen experimentelle Untersuchungen zu den ökonomischen Auswirkungen sozialer Präferenzen und der Wirkung von Anreizsystemen.

Unmittelbar nach Abschluss ihrer Promotion an der London School of Economics im Februar 2008 hat **Melanie Khamis** ihre Arbeit als Research Associate des IZA in Bonn aufgenommen. Vor und während ihres Doktorandenstudiums war sie als Ökonomin für das britische Department for International Development (DFID), die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds tätig. Melanie Khamis hat ihr Studium der Volkswirtschaftslehre an der University of Warwick mit dem Master of Science beendet, nachdem sie zuvor bereits einen Bachelorabschluss an der London School of Economics erworben hatte. Neben der Arbeitsökonomie liegen ihre Forschungsinteressen vor allem auf den Gebieten von Entwicklungsökonomie und Mikroökonomie.

Zhaopeng Qu hat im September 2007 eine einjährige Tätigkeit als Research Visitor am IZA aufgenommen. Er promovierte zur Zeit in Volkswirtschaftslehre an der Beijing Normal University (BNU). Vor seinem Studium arbeitete er als Journalist für die „China Business Post“ in Peking und Shanghai. Sein derzeitiger Forschungsschwerpunkt sind die Auswirkungen des Altners auf die Einkommensverteilung in China.



Erin L. Krupka



Douglas J. Krupka



Marco Caliendo



Mutlu Yuksel



Arne Uhlenndorff



Steffen Altmann



Melanie Khamis



Zhaopeng Qu

IZA Alumni

Holger Bonin, stellvertretender Programmdirektor des Forschungsbereichs „Evaluation“, hat nach siebenjähriger sehr erfolgreicher Tätigkeit das IZA verlassen und ist seit Oktober 2007 Leiter des Forschungsbereichs „Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung“ am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim. „Holger Bonin hat mit zahlreichen wichtigen Publikationen zu Fragen der demographischen Alterung, Generationenbilanzierung, Zuwanderung und Sozialstaatsreform wesentlich zum Profil des IZA auf diesen Forschungs- und Beratungsfeldern beigetragen“, würdigte Klaus F. Zimmermann die Leistungen Bonins, der als Research Fellow auch weiterhin mit dem IZA verbunden bleiben wird.

IZA-Wissenschaftler **Thomas Dohmen** ist zum November 2007 als Direktor des Research Centre for Education and the Labour Market (ROA) an die Universität Maastricht gewechselt. Dort hat er seitdem zugleich eine Professur für Bildung und Arbeitsmärkte inne. Thomas Dohmen war seit 2003 für das IZA tätig, hat als stellvertretender Programmdirektor die Aktivitäten des Forschungsbereichs „Arbeitsmärkte in Transformations- und Schwellenländern“ mit koordiniert und war zudem maßgeb-

lich in die Forschungsarbeiten des IZA in der Verhaltens- und Personalökonomie involviert. „Auch der Wechsel von Thomas Dohmen nach Maastricht hinterlässt am IZA eine nur schwer zu schließende Lücke. Aber er dokumentiert auch die Richtigkeit der Strategie des IZA, junge Wissenschaftler durch intensives Fördern und Fordern auf ihre spätere Karriere vorzubereiten“, so Klaus F. Zimmermann anlässlich der Verabschiedung Dohmens aus Bonn.

Am 18. Januar 2008 wurde IZA-Wissenschaftler **Uwe Sunde** die *venia legendi* für das Fach Volkswirtschaftslehre von der Universität Bonn verliehen. Uwe Sunde war seit 2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter des IZA und hat maßgeblich zum Erfolg des Instituts in Wissenschaft und Politikberatung beigetragen. Neben hochkarätigen Forschungsarbeiten und Veröffentlichungen hat er das Seminar- und Gastwissenschaftler-Programm des IZA betreut. Nach seiner erfolgreichen Habilitation setzt er seine Karriere inzwischen an der Universität St. Gallen fort, wo er im Februar 2008 einen Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre (insbesondere Makroökonomik und Arbeitsmärkte) übernommen hat. Klaus F. Zimmermann würdigte Sunde anlässlich seiner Verabschiedung als das „Paradebei-

spiel eines jungen Arbeitsökonomens, der entschlossen seine Chancen am IZA ergriffen und dem Institut zugleich überdurchschnittlich viel zurück gegeben hat.“

Seit Januar 2008 ist IZA-Wissenschaftler **David Huffman** Assistant Professor am renommierten Swarthmore College in den USA. „In den vier Jahren seiner Forschungsarbeiten am IZA hat er als stellvertretender Programmdirektor wesentlich zur Dynamik unserer Aktivitäten in der Personal- und Verhaltensökonomie beigetragen“, sagte Zimmermann. Auch David Huffman wird sich künftig im Netzwerk der IZA Research Fellows engagieren.

Winfried Koeniger war von 2001 bis August 2007 wissenschaftlicher Mitarbeiter des IZA, zuletzt als Senior Research Associate und stellvertretender Programmdirektor für den Forschungsbereich „Arbeitsmärkte und Institutionen“. Inzwischen ist er als Lecturer am Department of Economics des Queen Mary College der University of London tätig. IZA-Chef Zimmermann: „Das IZA hat Winfried Koeniger viele wertvolle Impulse für seine Forschungs- und Beratungsarbeit zu verdanken. Gut zu wissen, dass er uns als Research Fellow erhalten bleibt.“



Holger Bonin



David Huffman



Winfried Koeniger



Thomas Dohmen, Klaus F. Zimmermann, Uwe Sunde

IZA Young Labor Economist Award in New Orleans überreicht

Im Rahmen eines Empfangs anlässlich der Jahrestagung der Allied Social Science Associations (ASSA) in New Orleans verlieh IZA-Direktor **Klaus F. Zimmermann** am 5. Januar 2008 den zweiten IZA Young Labor Economist Award an **Oriana Bandiera** (London School of Economics), **Iwan Barankay** (University of Warwick) und **Imran Rasul** (University College London). Mit dieser Auszeichnung werden herausragende, bereits publizierte Forschungsarbeiten von Nachwuchswissenschaftlern unter 40 Jahren gewürdigt. Aus einer Vielzahl von Nominierungen seitens der IZA Fellows hatte das Preiskomitee, dem neben Zimmermann alle IZA-Programmdirektoren angehören, die Studie „Social Preferences

and the Response to Incentives: Evidence from Personnel Data“ (Quarterly Journal of Economics, 2005) ausgewählt. In seiner Laudatio hob Zimmermann die „wissenschaftliche Originalität, methodische Schärfe und sorgfältige Datenanalyse“ der preisgekrönten Veröffentlichung hervor, die eine hohe Relevanz für die Gestaltung betrieblicher Anreizmechanismen aufweist: Am Beispiel eines britischen Agrarbetriebs zeigen die Autoren, dass die Beschäftigten bei einem individuellen Stücklohn mindestens 50 Prozent mehr Leistung erbrachten als in einem System relativer Entlohnung. Vergleichbare Befunde von Laborexperimenten konnten damit erstmals in der Praxis nachgewiesen werden.



Imran Rasul, Oriana Bandiera, Iwan Barankay



Die wissenschaftliche Politikberatung stärken

Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik ist häufig von Missverständnissen geprägt. Unter den praxisorientiert arbeitenden Wissenschaftlern entsteht nicht selten der Eindruck, ihre Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen dienen nur als Feigenblatt und würden je nach politischer Interessenlage selektiv missbraucht oder ignoriert. Umgekehrt ist bei Politikern die Anschauung verbreitet, die von der Wissenschaft angebotenen Lösungsvorschläge seien zu oft realitätsfern, würden nicht entscheidungsnah erarbeitet und seien für den politischen Alltag in der Regel unbrauchbar. Kein Wunder, dass in jüngerer Zeit Unternehmensberatungen den wissenschaftlichen Experten den Rang ablaufen.

Das ist keine gute Ausgangslage für eine Gesellschafts-, Sozial- und Wirtschaftspolitik, die unter dem Diktat von Globalisierung, demographischen Veränderungen, technologischer Dynamik, Verknappung natürlicher Ressourcen und Klimawandel mehr denn je einer substanziellen Beratung bedarf und mehr Nachhaltigkeit zum Ziel haben muss. Nötig ist nicht weniger, sondern mehr aktive Politikberatung durch die unabhängige Wissenschaft. Privatwirtschaftliche „Consultants“ können wichtige Beratungsdienstleistungen liefern, aber nicht das Angebot der Wissenschaft und ihren langfristigen Analysehorizont ersetzen. Die Politik sollte erkennen, dass sie von einer systematisch organisierten Begleitforschung zu ihren Maßnahmen nur profitieren kann, wenn sie auch deren unbequeme Bestandteile zur Kenntnis nimmt und ihr – beispielsweise durch gesetzlich erleichterten Datenzugang – erweiterte Forschungsspielräume einräumt. Dringend erforderlich ist aber auch eine Durchforstung inzwischen überlebter, ritualisierter Schemata, in denen sich die wissenschaftliche Politikberatung bislang vollzieht.

Die Durchlässigkeit zwischen Wissenschaft und Politik oder Verwaltung sollte deshalb dringend verbessert werden. In den Ministerien könnte eine hauptamtliche Inhouse-Beratung auf Zeit organisiert werden. Ein kontinuierlicher vertraulicher Dialog kann die strategische

Politikplanung erleichtern, wohingegen der nachhaltige Nutzen von Anhörungen und Enquete-Kommissionen eher skeptisch zu bewerten ist. Die Berufung von Beiräten sollte strikt an die Regierungszeit gekoppelt werden und nicht mehr „auf Lebenszeit“ erfolgen. Auch Personalaustauschprogramme etwa zwischen Ministerien und Wirtschaftsforschungsinstituten sollten etabliert werden, um den Dialog zu stimulieren. Daran könnten übrigens auch Journalisten teilhaben, die hinsichtlich der Vermittlung komplexer ökonomischer Zusammenhänge und Reformzwänge eine wichtige Funktion ausüben.

Neben solchen strukturellen Reformen wird es entscheidend darauf ankommen, die Evaluation zentraler Politikmaßnahmen durch die unabhängige Wirtschaftsforschung in den Mittelpunkt der ökonomischen Politikberatung zu rücken. Verlässliche Wirkungskontrollen sind unverzichtbarer Bestandteil einer nachhaltig effektiven Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Eine gesetzliche Evaluationspflicht aller wichtigen Politikmaßnahmen wäre hier ein sinnvoller Schritt. Dazu ist nicht zuletzt ein Bewusstseinswandel im Selbstverständnis von Politik nötig. Sie muss eine größere Bereitschaft zu Modellversuchen als Vorbereitung flächendeckender Politikschritte aufbringen als dies bislang der Fall ist. Gesetze sollten unter diesem Blickwinkel nur auf Zeit erlassen werden, um sie im Zweifel leicht wieder zurücknehmen zu können, wenn mit Hilfe der Evaluation nachgewiesen werden kann, dass die beabsichtigte Wirkung gar nicht eingetreten ist.

Im Übrigen muss es dabei bleiben: Höchste wissenschaftliche Qualität und ein umfassender Datenzugang sind die obersten Voraussetzungen hochwertiger Politikberatung durch die Wirtschaftswissenschaften. Abstriche an dieser Stelle mögen in wohlfeilen „Empfehlungen“ resultieren, führen aber nicht zu einer nachhaltigen Politik zugunsten von Wirtschaft und Arbeitsmarkt.



Klaus F. Zimmermann



Institut zur Zukunft der Arbeit



Herausgeber: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
Redaktion: Holger Hintze, Mark Fallak
Adresse: IZA, Postfach 7240, 53072 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 - 38 94 222
Fax: +49 (0) 228 - 38 94 180
E-Mail: compact@iza.org
Internet: www.iza.org
Grafiken/Fotos: IZA
Druck: Güll GmbH, Lindau
Layout: IZA